

Gutachten
Bericht

Stadtgemeinde Leonding



LRH-210078/10-2013-HAM

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Tel.: (+43 732) 7720-11426
Fax: (+43 732) 7720-214089
E-Mail: post@lrh-ooe.at
www.lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Redaktion:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im April 2013

INHALTSVERZEICHNIS

Kurzfassung	1
Struktur der Gemeinde	6
Eckdaten und Lageplan	6
Strukturelle Entwicklung	7
Organisation	7
Personalstand und Dienstposten	7
Ziel- und Wirkungsorientierte Verwaltungsführung	9
Aufbau- und Ablauforganisation des Stadtamtes (Kernverwaltung)	10
Organisations- und Qualitätsanalyse	11
Führungsebene	11
Strategie und Planung	11
Personalmanagement	12
Externe Partnerschaften und Ressourcen	12
Prozess- und Veränderungsmanagement	13
Kunden-/Bürgerorientierte Resultate	13
Mitarbeiterzufriedenheit	14
Leistungsergebnisse der Organisation	14
Haushalts- und Finanzanalyse	14
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung	16
Laufende Gebarung	17
Öffentliches Sparen im Überblick	17
Vermögensgebarung	18
Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung	19
Maastricht-Ergebnis	19
Verschuldung	19
Darlehen und sonstige Verbindlichkeiten	19
Verlängerung von Darlehenslaufzeiten	21
Darlehensausschreibungen	21
Darlehenskonditionen	22
Vollständigkeit von Nachweisen im RA	22
Vermögen	23
Rücklagen	23

Sonstige Feststellungen	24
Förderungen und freiwillige Leistungen	24
Öffentlicher Verkehr	25
Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen	26
Überblick	26
Kinderbetreuung	27
Kindergärten und Horte	27
Mittagessen in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen	27
Wirtschaftshof	28
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	29
Kultur	30
Turmmuseum	30
Galerie im 44er Haus	31
Bibliotheken	32
Freizeiteinrichtungen und Veranstaltungshallen	32
Veranstaltungszentren Kürnberghalle und Doppl Punkt	32
Freibad	33
Panorama Wellness Center	34
Sporthallen	35
Sonstige Einrichtungen	35
Friedhof – Bestattung	35
Jugendzentren	36
Tagesheimstätten	36
Wohn- und Geschäftsgebäude	37
Beteiligungen	38
Immobilien- und Infrastruktur Leonding GmbH & Co KG	38
Gründung Kultur GmbH	39
Bauvorhaben	39
Infrastrukturvorhaben im Kinderbetreuungsbereich	39
Straßenbahn Linie 3 aufs Harter Plateau	41
Ausbau der Westbahn durch die ÖBB	42

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS/GLOSSAR

A

ABA	Abwasserbeseitigungsanlage
AFRAC	Austrian Financial Reporting and Auditing Committee – Das AFRAC ist der privatorganisierte und von den zuständigen Behörden unterstützte österreichische Standardsetter auf dem Gebiet der Finanzberichterstattung und Abschlussprüfung (www.afrac.at)
ao. H.	außerordentlicher Haushalt
AST	Anruf-Sammeltaxi

B

BVerG	Bundesvergabegesetz
BZ	Bedarfszuweisung

D

DBO	Dienstbetriebsordnung
------------	-----------------------

E

EDV	Elektronische Datenverarbeitung
------------	---------------------------------

F

FAG	Finanzausgleichsgesetz
------------	------------------------

G

GD	Funktionslaufbahn im Gemeindedienst
Oö. GemHKRO	Oö. Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

I

IFM	Infrastruktur und Facility Management
IKD	Direktion Inneres und Kommunales des Amtes der Oö. Landesregierung
IT	Informationstechnik

K

KDZ	KDZ Zentrum für Verwaltungsforschung
KG	Kommanditgesellschaft
KZ	Kennziffer

L

LRH	Oö. Landesrechnungshof
------------	------------------------

M

MFP	Mittelfristige Finanzplanung
Mio.	Millionen

N

NPM	New Public Management
------------	-----------------------

O

ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
o. H.	ordentlicher Haushalt
ÖEK	Örtliches Entwicklungskonzept
Öffentliche Sparquote (ÖSQ)	Überschuss bzw. Ergebnis aus der Gegenüberstellung von laufenden Einnahmen und Ausgaben im Verhältnis zu den laufenden Ausgaben des Rechnungsquerschnittes
Oö. LRHG	Oö. Landesrechnungshofgesetz, LGBl. Nr. 38/1999 idgF

P

PE	Personaleinheiten
-----------	-------------------

R

RA	Rechnungsabschluss
RQ	Rechnungsquerschnitt – ökonomische Gliederung aller Einnahmen und Ausgaben in zwei Bereiche (laufende Gebarung und Vermögensgebarung)

S

SHV	Sozialhilfeverband
------------	--------------------

U

UGB	Unternehmensgesetzbuch
USt	Umsatzsteuer

V

VA	Voranschlag
VRV	Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, BGBl. Nr. 787/1996 idgF; mit dieser Verordnung werden die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt.

W

WVA	Wasserversorgungsanlage
------------	-------------------------

Stadtgemeinde Leonding

Prüfungszeitraum:

6. November 2012 bis 13. Dezember 2012

Rechtliche Grundlage:

Gutachten im Sinne des § 4 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 8 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 i.d.g.F.

Prüfungsziel und -gegenstand:

- Analyse der Haushalts- und Finanzsituation der Stadtgemeinde sowie die Aufbau- und Ablauforganisation in der Verwaltung
- Prüfung von öffentlichen, betriebsähnlichen und betrieblichen Einrichtungen der Stadtgemeinde
- Prüfung einzelner Bauvorhaben

Prüfungsteam:

Mag. Thomas Hammer (Prüfungsleiter), Daniela Grillberger, Dr. Werner Heftberger LL.M., Mag. Bernhard Mairleitner

Prüfungsergebnis:

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde dem Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 1. März 2013 zur Kenntnis gebracht.

Legende:

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), *die Stellungnahme der überprüften Stelle* (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck) sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

KURZFASSUNG

(1) Dynamische Stadtentwicklung bei umfangreichem Leistungsangebot

Die Stadtgemeinde Leonding, Bezirk Linz-Land, hat sich in den letzten Jahrzehnten mit nunmehr ca. 26.000 Einwohnern zur viertgrößten Stadt Oberösterreichs entwickelt. Sie verfügt über ein umfangreiches Angebot an kommunalen Leistungen in nahezu allen Lebensbereichen. Für den LRH ist fraglich, ob dieses Angebot im gegenwärtigen Ausmaß weiter bereit gestellt werden kann.

(2) Bietet der Haushalt auch in Zukunft genügend Handlungsspielräume?

Bislang konnte die finanzkräftige Stadtgemeinde immer den ordentlichen Haushalt ausgleichen, wengleich sich die finanziellen Handlungsspielräume in den letzten Jahren zunehmend verringerten. Dies war neben dem stark ausgeprägten Leistungsangebot vor allem auf die steigenden Transferausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich sowie auf die Erweiterung des Angebotes bei der Kinderbetreuung zurückzuführen. Um den Haushaltsausgleich zu erleichtern, verringerte die Stadt ab 2010 Annuitätzahlungen, indem sie die Laufzeiten von zahlreichen bestehenden Darlehen verlängerte. Der LRH weist darauf hin, dass diese Vorgangsweise zwar kurzfristig den finanziellen Spielraum Leondings erhöht, jedoch künftige Budgets belasten wird.

Problematisch gestalten sich aus finanzieller Sicht vor allem die geringen laufenden Überschüsse. Die daraus geleisteten Beiträge für Investitionen reichten bei weitem nicht aus, sodass in den letzten Jahren vermehrt Fremdfinanzierungen getätigt wurden. Der enge finanzielle Spielraum Leondings zeigt sich beispielsweise bei den vereinbarten Ratenzahlungen der Stadtgemeinde an das Land OÖ für die Straßenbahnverlängerung auf das Harter Plateau, welche bislang überwiegend fremdfinanziert werden mussten. Aus Sicht des LRH ist es daher notwendig, die Überschüsse in der laufenden Gebarung deutlich zu steigern, um den künftigen Investitionsbedarf ohne massive Fremdmittelaufnahmen bewältigen zu können.

Optimierungsmöglichkeiten sind nach Ansicht des LRH sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig vorhanden. Der LRH begrüßt daher erste Einsparungsbemühungen bei den öffentlichen und betrieblichen Einrichtungen. Um tatsächlich ausreichende finanzielle Spielräume für das ambitionierte Investitionsprogramm der Stadtgemeinde zu erlangen, werden auch strukturelle Veränderungen notwendig sein. Dafür sollte das Bewusstsein für die bereits angespannte Haushalts- und Finanzsituation in den politischen Gremien gestärkt und darauf aufbauend Maßnahmen nachhaltig umgesetzt werden.

(3) Organisationsentwicklung fortgeschritten – Personal ausreichend

Die Stadtverwaltung ist mit den Grundsätzen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung vertraut und setzt diese in etlichen Bereichen um. Allerdings sind zentrale Steuerungsinstrumente wie Kosten- und Leistungsrechnung sowie Prozessmanagement noch nicht vollständig in der Stadtverwaltung implementiert. Ansonsten ist die in den vergangenen Jahren mehrfach veränderte Aufbau- und Ablauforganisation aus Sicht des LRH nunmehr weitgehend zweckmäßig. Zur weiteren Organisationsentwicklung im Stadamt gab der LRH eine Reihe von Empfehlungen ab.

Der Personalstand in der Stadtverwaltung ist derzeit ausreichend. Einsparungsmöglichkeiten sieht der LRH vor allem bei den öffentlichen und betrieblichen Einrichtungen. Außerdem wäre aus Effizienzgründen für das Facility Management in den Schulen ein Schulwartepool einzurichten.

(4) Schuldrechtliche Verpflichtungen im Rechnungsabschluss viel zu niedrig ausgewiesen

Unter Berücksichtigung aller schuldrechtlicher Verpflichtungen (Finanzschulden, Leasing, Sonderfinanzierungen, Haftungen) waren die finanziellen Verbindlichkeiten der Stadt Ende 2011 von 48,5 Mio. Euro bereits erheblich. Dies auch deshalb, da die Annuitätenzahlungen für die Darlehen im Jahr 2011 bereits ca. zwei Drittel der frei verfügbaren Finanzmittel aufzehrten. Aus Sicht des LRH ist es daher notwendig, die Überschüsse in der laufenden Gebarung deutlich zu steigern, um die bestehende Schuldenlast möglichst rasch zu verringern. Aus wirtschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar war für den LRH eine haushaltsrechtlich nicht zulässige Darstellung einer Fremdmittelaufnahme von 2,9 Mio. Euro im Jahr 2011 bei gleichzeitiger Bildung einer allgemeinen Rücklage von 1,9 Mio. Euro.

Der LRH kritisierte weiters, dass im Rechnungsabschluss der Stadtgemeinde nur ca. 50 Prozent der finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen sind. Eine exakte Erfassung der Verbindlichkeiten in den Nachweisen zum Rechnungsabschluss ist entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften zwingend geboten.

(5) Strukturentscheidungen für Gemeindeeinrichtungen notwendig

Leonding verfügt über eine Fülle von öffentlichen und betriebsähnlichen Einrichtungen mit teilweise hohen jährlichen Fehlbeträgen. Diese belasteten den ordentlichen Haushalt allein im Jahr 2011 mit über 5 Mio. Euro. Die Fehlbeträge resultierten vorrangig aus dem hohen Zuschussbedarf für die Kinderbetreuung (3 Mio. Euro), die Freizeitbetriebe (0,6 Mio. Euro), den Kultur- und Veranstaltungsbereich (0,5 Mio. Euro) sowie die Tagesheimstätten (0,2 Mio. Euro). Hingegen profitierte der Haushalt von den Überschüssen bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung sowie der Wasserversorgung von insgesamt 1,9 Mio. Euro.

Positiv hielt der LRH fest, dass aufbauend auf einer externen Studie zu den betrieblichen Einrichtungen der Stadt erste Optimierungen in den Gremien beschlossen wurden. Erhebliches Optimierungspotenzial ist noch bei den Tagesheimstätten, dem Stadtfriedhof, und im Wirtschaftshof gegeben. Außerdem werden beim Betrieb der Kürnberghalle, des Panorama Wellness Centers sowie des Lehrschwimmbeckens in der Sporthalle Hart noch Entscheidungen im Hinblick auf heranstehende Sanierungen bzw. Investitionen zu treffen sein.

(6) Leistungsangebot im Kulturbereich überdenken

Einen hohen Stellenwert genießen in Leonding auch die kulturellen Aktivitäten. Unter anderem führt die Stadtgemeinde eine Galerie für zeitgenössische Kunst im „44er Haus“ und das historische Stadtmuseum „Turm IX“. Bei durchschnittlichen Einnahmen von unter zwei Euro je Besucher leistete die Stadtgemeinde im Jahr 2011 einen Zuschuss je Besucher von 84 Euro für das Stadtmuseum und 45 Euro für die Galerie. Um diesen hohen Zuschussbedarf zu reduzieren, empfahl der LRH umfangreiche Optimierungsmaßnahmen. Sollten sich im Stadtmuseum vor allem die Besucherzahlen und der Ausgabendeckungsgrad nicht nachhaltig erhöhen, ist der Fortbestand des Museums in Frage zu stellen.

(7) Kanalgebühren sehr niedrig – ist die Sanierung finanziell gesichert?

In den kommenden Jahren ist bei der Abwasserbeseitigung ein hoher Investitionsbedarf zu erwarten. Die vorhandenen Rücklagen der Stadtgemeinde werden jedoch nicht ausreichen, um die anstehenden Sanierungskosten abzudecken. Auffällig ist dabei, dass die Gebühren bei der Abwasserbeseitigung weit unter den Mindestvorgaben des Landes, aber nahe an der gesetzlich erlaubten Einnahmenobergrenze liegen. Um den finanziellen Rahmen für die nötigen Investitionen zu schaffen, empfahl der LRH in der Gebührenkalkulation die Anlagenabschreibungen auf Basis der Wiederbeschaffungswerte zu berechnen.

(8) Liquiditätszuschuss für Infrastrukturgesellschaft erhöhen

Die Infrastruktur- und Immobilien Leonding GmbH & Co KG (vormals „Schulzentren Leonding Immobilien GmbH & Co KG“) errichtete in den letzten Jahren mehrere Bauvorhaben der Stadtgemeinde vor allem im Kinderbetreuungs- und Schulbereich. Die Finanzierung der jeweiligen Bauprojekte erfolgt größtenteils durch langfristige Bankdarlehen. Der für die Rückzahlung der Darlehen notwendige laufende Liquiditätszuschuss der Stadtgemeinde an die Gesellschaft war aus Sicht des LRH für 2013 zu gering bemessen. Um die kurzfristige Liquidität der Gesellschaft auch weiterhin sicherzustellen, sollte der Zuschuss der Stadtgemeinde deutlich erhöht werden.

(9) Investitionen in Kindergärten durch Mietmodelle ersetzt

Zur Deckung der Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen und dem damit verbundenen Raumbedarf schloss die Stadtgemeinde Mietverträge mit gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften ab. Die Stadtgemeinde erklärte jeweils einen Kündigungsverzicht über 25 Jahre und ließ sich eine Kaufoption einräumen.

Nach Ansicht des LRH stand bei diesem Mietmodell die Finanzierungsfunktion im Vordergrund. Die Stadtgemeinde trägt dabei wesentliche Risiken (z. B. Übernahme einer Bürgschaft) und sollte daher ihre Interessen konsequenter als bisher verfolgen. Kritisch sah der LRH, dass für das Mietmodell kein Wirtschaftlichkeitsvergleich mit einer herkömmlichen Finanzierung angestellt wurde. Der LRH wies außerdem darauf hin, dass die Mietverpflichtungen bis zum Ende des Kündigungsverzichtes von insgesamt 5,5 Mio. Euro in den Büchern der Stadtgemeinde darzustellen sind.

(10) Großzügig bei freiwilligen Leistungen

Im Jahr 2011 betragen die Förderungen und freiwilligen Leistungen der Stadtgemeinde ca. 1,1 Mio. Euro, das sind 44,3 Euro je Einwohner. Im überregionalen Vergleich stellt dies einen hohen Wert dar, der nach Ansicht des LRH reduziert werden sollte. Einsparungsmöglichkeiten sah der LRH vor allem im Sozial-, Kultur- und Sportbereich. Weiters sollte in den Kindergärten wieder ein angemessener Essensbeitrag - ähnlich wie in den Krabbelstuben - eingeführt werden.

(11) Zusammenfassend gab der LRH folgende Empfehlungen:

Zur Sicherung des Haushaltsgleichgewichtes:

- Bevor weitere Fremdmittelaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen getätigt werden, sollte die Stadtgemeinde die Mittel aus der allgemeinen Haushaltsrücklage von drei Mio. Euro bedarfsgerecht einsetzen (siehe Pkt. 26.2.).

- Alle schuldrechtlichen Verpflichtungen, Haftungen bzw. Beteiligungen sind in den Nachweisen zum Rechnungsabschluss richtig auszuweisen und die bislang fehlenden Verpflichtungen nachzuerfassen (siehe Pkt. 24.2.).
- Der Liquiditätszuschuss der Stadtgemeinde an die Infrastruktur- und Immobilien Leonding GmbH & Co KG für das Jahr 2013 soll auf ca. 350.000 Euro erhöht werden (siehe Pkt. 48.2.).
- Die Förderungen und freiwilligen Leistungen sollten deutlich reduziert, insbesondere ein angemessener Essensbeitrag im Kindergarten eingeführt (Mehreinnahmen bis zu 160.000 Euro) sowie der Zuschuss zur Seniorenkarte (78.400 Euro) eingestellt werden (siehe Pkt. 27.2.).
- Im Wirtschaftshof sollte ein flexibles Arbeitszeitmodell eingeführt und eine Kosten- und Leistungsrechnung ausgebaut werden (siehe Pkte. 33.2. bis 35.2.).
- Das Gebührenniveau für den Stadtfriedhof sollte an ortsübliche Bedingungen angepasst und dadurch jährliche Mehreinnahmen von bis zu 20.000 Euro erwirtschaftet werden (siehe Pkt. 44.2.).
- Bei der Abwasserbeseitigung sollten die Abschreibungswerte auf Basis der Wiederbeschaffung herangezogen werden. Dadurch wären eine schrittweise Erhöhung der Gebühren in Richtung der Mindestvorgaben des Landes und Mehreinnahmen von bis zu ca. 1,7 Mio. Euro jährlich möglich (siehe Pkt. 36.2.).
- Es sollte geprüft werden, ob der Galeriebetrieb vom „44er Haus“ in das Rathaus verlegt und die Tagesheimstätte Leonding-Zentrum in die frei werdenden Räumlichkeiten übersiedelt werden können. Dadurch wären Einsparungen bis zu ca. 35.000 Euro jährlich möglich (siehe Pkt. 38.2.).
- In Anbetracht der hohen Fehlbeträge bei den Tagesheimstätten sollten deren Öffnungszeiten reduziert und verstärkt alternative Modelle der Seniorenbetreuung beispielsweise bei der Programmgestaltung für die Besucher oder bei der Veranstaltung von Ausflügen im Rahmen der aktiven Bürgerbeteiligung gesucht werden (siehe Pkt. 46.2.).
- Der Ausstellungsbetrieb im Turmmuseum sollte auf zwei Sonderausstellungen pro Jahr eingeschränkt, die Dauerausstellung geschlossen und dadurch die Ausgaben um ca. 50.000 Euro jährlich vermindert werden (siehe Pkt. 37.2.).
- Beim Panorama Wellness Center wäre mittelfristig, insbesondere vor größeren Investitionen und Sanierungen, die Weiterführung des Betriebes im Hinblick auf die Leistbarkeit zu überdenken (siehe Pkt. 42.2.).
- Die anfallenden Kosten für das Lehrschwimmbecken sollten transparent dargestellt und dadurch die Entscheidungsgrundlagen für etwaige Sanierungen bzw. den Fortbestand des Lehrschwimmbeckens geschaffen werden (siehe Pkt. 43.2.).
- Die beschlossenen Maßnahmen aus einer externen Studie für den Freizeit-, Kultur- und Veranstaltungsbereich sind konsequent umzusetzen (siehe Pkt. 30.2.).

Zur strukturellen Entwicklung der Gemeinde und Organisation:

- Aufbauend auf den Ergebnissen des Stadtentwicklungsprojektes sollte ein neues Gemeindeleitbild erarbeitet werden (siehe Pkt. 1.2.).
- Der internen Revision sollte durch Organisation in einer eigenen Stabstelle mehr Bedeutung beigemessen und diese klar vom Controlling getrennt werden (siehe Pkt. 4.2.).
- Die Stadtverwaltung sollte Werkzeuge zur gezielteren Steuerung des Personals entwickeln und das strategische Personalmanagement forcieren (siehe Pkt. 7.2.).
- Das Arbeiten in Projekten sollte verstärkt werden, um das abteilungsübergreifende Handeln zu verbessern (siehe Pkt. 7.2.).
- Das Mitarbeitergespräch zwischen Bürgermeister und Stadtamtsdirektor sollte eingeführt und dabei konkrete Zielsetzungen insbesondere zur Verwaltungsentwicklung vereinbart werden (siehe Pkt. 5.2.).

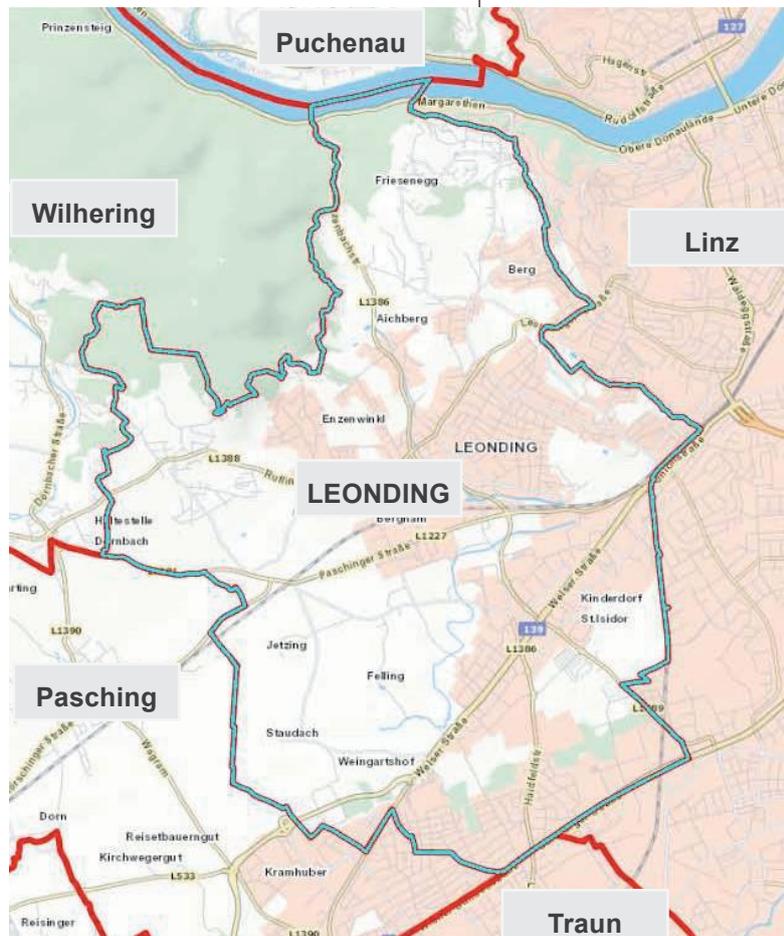
STRUKTUR DER GEMEINDE

Eckdaten und Lageplan

Politischer Bezirk:	Linz-Land
Landtagswahlkreis:	Linz und Umgebung
Gemeindegröße:	24,05 km ²
Seehöhe (Hauptort):	287 m
Besiedlung:	22 Ortschaften
Einwohner:	28.116
Hauptwohnsitze:	26.110
Nebenwohnsitze:	2.006
Wirtschaftsbetriebe (Betriebsstätten):	
Gemeindeamt:	Stadtplatz 1 4060 Leonding
Gemeindepersonal:	380 Mitarbeiter
Gemeinderat:	SPÖ 17, ÖVP 11, FPÖ 5, Grüne 4
Gemeindewappen:	Lage in OÖ:



Infrastruktur Bildung und Kinderbetreuung:	
Kindergärten (einschl. Exposituren)	10
Kindergärten (Caritas)	4
Krabbelstube	3
Volksschulen	4
Hauptschulen (Neue MS)	3
Sonderschulen	2
Höhere Technische Lehranstalt	1
Landesmusikschule	1
Infrastruktur Straßen:	
Gemeindestraßen	143 km
Bundes- u. Landesstraßen	14,5 km
Wesentliche Mitgliedschaften, Kooperationen:	
Sozialhilfeverband Linz-Land	
Netzwerk Gesunde Städte	
BAV Linz Land	
Klimabündnisgemeinde	
Uris - Beirat (Flughafen Linz)	
Wasserverband Haidbach	



Quellen: Land OÖ; Abt. Geol.; Stadtgemeinde Leonding (Stand Jänner 2013)

Strukturelle Entwicklung

- 1.1. Die Stadtgemeinde Leonding, Bezirk Linz-Land, hat sich in den letzten Jahrzehnten mit nunmehr über 26.000 Einwohnern (Hauptwohnsitze) zur viertgrößten Stadt Oberösterreichs entwickelt. Allein seit 2002 erhöhte sich die Zahl der Hauptwohnsitze um ca. 3.500. Als Umlandgemeinde der Landeshauptstadt profitiert Leonding von deren Infrastruktur, unterhält dabei aber gleichzeitig eine Vielzahl an öffentlichen und betriebsähnlichen Einrichtungen in unterschiedlichsten Lebensbereichen. Aus finanzieller Sicht ermöglicht wurde dies unter anderem durch die Lage als attraktiver Wirtschaftsstandort, was Rang 16 bei der Finanzkraft in Oberösterreich untermauert.

Die Grundlagen für die Entwicklung Leondings wurden im Jahr 2000 in einem örtlichen Entwicklungskonzept (ÖEK) geschaffen. Darauf aufbauend initiierte die Stadtgemeinde einen Stadtentwicklungsprozess, welcher die Hauptthemen Öffentlicher Verkehr, Energie, Wachstum, Stadtzentrum und Identität umfasste. Die Ergebnisse aus diesem Prozess sind in einem Katalog für künftig zu setzende Maßnahmen zusammengefasst.

- 1.2. Der LRH sieht die dynamische Entwicklung Leondings in Bezug auf das Bevölkerungswachstum und die wirtschaftliche Entwicklung positiv. Die Zielsetzungen im ÖEK wurden vor allem in den Bereichen Einwohnerentwicklung und öffentlicher Verkehr erreicht bzw. sogar übertroffen. Hinsichtlich der Einwohnerzahlen sieht der LRH nach wie vor Wachstumsperspektiven, deren Basis unter anderem mit der Realisierung der Straßenbahn auf das Harter Plateau geschaffen wurden. Basis für die langfristige Entwicklung Leondings sollte ein Leitbild der Gemeinde sein, welches auch die Ergebnisse des Stadtentwicklungsprozesses miteinbezieht.

Im Hinblick auf die vielfältigen infrastrukturellen Leistungen der Stadtgemeinde bei gleichzeitig enger werdenden finanziellen Spielräumen steht die Stadt aus Sicht des LRH vor der Herausforderung, Strukturentscheidungen zu treffen. Für ihn ist fraglich, ob das umfangreiche Leistungsangebot weiter im gegenwärtigen Ausmaß bereitgestellt werden kann (siehe Pkt. 30.2.).

ORGANISATION

Personalstand und Dienstposten

- 2.1. Die Stadtgemeinde beschäftigte mit Ende November 2012 insgesamt 380 Bedienstete. Daraus ergeben sich 322,31 Personaleinheiten. Die nachstehende Tabelle zeigt die Personalsituation der Jahre 2010 bis November 2012 sowie die Verteilung auf die jeweiligen Bereiche:

Abteilung	Bereich	Personen			Personaleinheiten		
		2010	2011	2012	2010	2011	2012
Bildung, Freizeit und Personal	Stadtamt	21	21	17	19,78	19,57	16,75
Bildung, Freizeit und Personal	außerhalb des Amtes gesamt	125	122	137	105,08	101,42	114,25
Bildung, Freizeit und Personal	davon Kindergärten/ Krabbelstuben	82	81	87	71,76	70,79	76,80
Bildung, Freizeit und Personal gesamt		146	143	154	124,86	120,99	131,00
Bürgerservice und Soziales	Stadtamt	16	16	16	15,65	15,65	15,65
Bürgerservice und Soziales	außerhalb des Amtes	5	6	5	4,45	5,40	4,45
Bürgerservice und Soziales gesamt		21	22	21	20,10	21,05	20,10
Finanzen	Stadtamt	15	14	14	14,75	13,25	12,40
Infrastruktur und Facility Management (IFM)	Stadtamt	15	18	20	13,55	16,30	19,25
IFM	außerhalb des Amtes gesamt	135	139	135	107,50	112,00	107,37
IFM	davon Bauhof	43	43	37	42,19	42,07	36,19
IFM	davon Freizeitanlage, Kürnberghalle, Mehr- zweck- und Sporthalle	23	24	22	19,37	20,62	18,75
IFM gesamt		150	157	155	121,05	128,30	126,62
Stadtamtsdirektion	Stadtamt	16	19	20	13,03	15,48	16,69
Stadtplanung	Stadtamt	13	13	16	13,00	13,00	15,50
Personalstand gesamt		361	368	380	306,79	312,07	322,31

Mit diesem Personalstand wurde in den letzten Jahren der Dienstpostenplan nicht voll ausgeschöpft. 2012 waren 28 Dienstposten unbesetzt bzw. 39,23 PE nicht genutzt.

Insgesamt hat sich der Personalstand von Jänner 2011 bis November 2012 um 12 Personen bzw. 10,2 PE erhöht. Wesentliche Veränderungen ergaben sich in folgenden Bereichen:

- In der Abteilung Bildung, Freizeit und Personal gab es eine Erhöhung um 11 Personen bzw. 10 PE vor allem bei den Kindergärten und Krabbelstuben (+6 Personen/6 PE) sowie einen Rückgang im Stadtamt beim Kulturmanagement (-4 Personen/2,82 PE).
- In der Abteilung Infrastruktur und Facility Management konnte der Personalstand um 2 Personen bzw. 1,68 PE vermindert werden. Einsparungen waren im Bauhof, bei den Freizeitanlagen und im Veranstaltungsbereich zu verzeichnen. Dafür wurde im Stadtamt die Abteilung um einen Energiemanager, eine Assistenz und einen Sachbearbeiter ergänzt.

- Die Stadtamtsdirektion wurde um eine Controllingstelle verstärkt.
- Die Abteilung Stadtplanung stockte um 3 Personen bzw. 2,5 PE auf.

2.2. Für den LRH stellte sich die Ermittlung des Personalstands, verteilt auf die jeweiligen Bereiche, für die Jahre 2010 bis 2012 aufgrund organisatorischer Änderungen im Stadtamt und fehlender aussagekräftiger Auswertungen im Personalbereich schwierig dar. Die Veränderungen im Personalbereich konnten vom LRH dennoch nachvollzogen werden. Nach seiner Ansicht ist der Personaleinsatz in der Stadtverwaltung derzeit ausreichend. Einsparungsmöglichkeiten sieht der LRH in folgenden Bereichen:

- Durch Optimierungen bei den öffentlichen Einrichtungen (Freizeit- und Kultureinrichtungen bzw. Veranstaltungsbereich) können bis zu zwei PE eingespart werden.
- In der Abteilung Infrastruktur Facility Management sollte ein Personalpool für alle öffentlichen Einrichtungen geschaffen und frei werdende Ressourcen flexibel (z. B. im Wirtschaftshof) eingesetzt werden. Dies hätte zur Folge, dass bei Pensionierungen Dienstposten im Wirtschaftshof nicht mehr nachbesetzt werden müssen.
- Weiters sollen auch alle Schulwarte in einem Pool zusammengefasst werden. Dadurch könnten der tägliche Ablauf effizienter gestaltet und Ressourcen gespart werden.

Auffällig war, dass jährlich eine hohe Anzahl an Dienstposten unbesetzt war. Der LRH empfahl daher, den Dienstpostenplan bedarfsgerecht festzulegen und an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

2.3. *Die Stadtgemeinde teilte mit, dass der Dienstpostenplan bereits entsprechend angepasst wurde.*

Ziel- und wirkungsorientierte Verwaltungsführung

3.1. Das Konzept des New Public Management (NPM) wird als Grundlage für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung angesehen. Im Zentrum steht dabei der Wandel vom hoheitlichen Verwaltungsapparat hin zu einer wirkungsorientierten Dienstleistungsorganisation. Deshalb fokussiert dieses Modell vor allem auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden, die Bediensteten sowie auf die Qualität der erbrachten Leistungen.

3.2. Nach Wahrnehmung des LRH sind die Verantwortlichen der Stadtgemeinde mit den Grundsätzen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung vertraut und setzt diese in etlichen Bereichen um. Hervorzuheben sind dabei Instrumente wie der jährliche Leistungsbericht der Stadtverwaltung, das umfassende Bürgerservice sowie ein Bürgerbeteiligungsmodell. Hingegen sind zentrale Steuerungsinstrumente wie Kosten- und Leistungsrechnung sowie Prozessmanagement noch nicht vollständig in der Stadtverwaltung implementiert. Eine konsequente Umsetzung dieser Instrumente besitzt für den LRH einen hohen Stellenwert.

Aufbau- und Ablauforganisation des Stadtamtes (Kernverwaltung)

- 4.1. Die organisatorische Gliederung der Stadtverwaltung wurde in den vergangenen Jahren mehrfach verändert. In der Stadtamtsdirektion gibt es mittlerweile Stabstellen für Controlling, Organisation, Personalentwicklung, IT und die Ratskanzlei. Die Fachabteilungen waren ursprünglich in drei Geschäftsgruppen gegliedert und wurden nunmehr von fünf Abteilungen abgelöst, welche sich wiederum in mehrere Teams unterteilen. Die Aufbauorganisation ist in der Anlage 1 abgebildet. Die einzelnen Arbeitsbereiche der Bediensteten sind in den Stellenbeschreibungen definiert, welche im Zuge der Prüfung aktualisiert wurden.
- 4.2. Der LRH hält die aktuelle Aufbau- und Ablauforganisation in der Kernverwaltung für überwiegend zweckmäßig. In folgenden Bereichen sieht er noch Handlungsbedarf:
- Die **interne Revision** spielt derzeit eine nur untergeordnete Rolle. In Anbetracht der Größe und des umfangreichen Leistungsangebots der Stadtgemeinde sollte diesem Bereich in Zukunft mit einer eigenen Stabstelle der Stadtamtsdirektion mehr Bedeutung beigemessen werden. Die interne Revision ist dabei insbesondere klar von den Aufgaben des Controllings abzugrenzen.
 - Im Jahr 2012 wurde die **Stabstelle für IT** in die Bereiche IT-Basissysteme und IT-Fachsysteme aufgeteilt. Dies ist für den LRH aus organisatorischer und fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Er hält deshalb eine Rückführung zu einer Stabstelle für zweckmäßiger.
 - Das **Energiemanagement** wird derzeit von der Abteilung Infrastruktur und Facility Management durchgeführt. Gleichzeitig werden in der Abteilung Stadtplanung und Baurecht Energieförderungen bearbeitet, was nur bedingt in den Aufgabenbereich der Abteilung passt. Deshalb sollten diese Tätigkeiten beim Energiemanagement zusammengeführt werden.
 - Die **Verwaltung der Abfallbeseitigung** wird sowohl vom Wirtschaftshof (Restmüll) als auch in der Abteilung Stadtplanung und Baurecht (Biotonne, Altstoffsammelinseln) durchgeführt. Eine Zusammenführung dieser Agenden könnte diese Doppelgleisigkeiten vermeiden. Die Abteilungszuordnung sollte auch davon abhängen, wie das Leistungsspektrum des Wirtschaftshofes für die Zukunft definiert wird (siehe Pkt. 33.2.).
 - Das **strategische Personalmanagement** spielte bislang eine untergeordnete Rolle. Die bereits durchgeführte Aufwertung der Stabstelle Controlling, Organisation und Personalentwicklung sollte dazu führen, dass der langfristigen Personalplanung ein höherer Stellenwert eingeräumt wird (siehe Pkt. 7.2).
- 4.3. *Die Stadtgemeinde teilte mit, dass die Aufbauorganisation in den angesprochenen Punkten überprüft wird. Eine Stabstelle Innenrevision wurde im Dienstpostenplan mit Beschluss des Gemeinderates am 4. April 2013 bereits geschaffen.*

Organisations- und Qualitätsanalyse

In Anlehnung an ein europäisches Qualitätsbewertungssystem analysierte der LRH die Organisation der Kernverwaltung. Dazu führte er Interviews mit dem Bürgermeister sowie Führungs- und Schlüsselarbeitskräften der Verwaltung (insgesamt 10 Interviews). Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Beurteilung des aktuellen Betriebsklimas durch eine anonyme, standardisierte Befragung mittels Fragebogen.

Die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen aus den Interviews fasst der LRH unter den Punkten 5 bis 12 des Berichts zusammen. Im Sachverhalt werden eingangs die generellen Zielsetzungen des jeweiligen Themenfeldes beschrieben.

Führungsebene

- 5.1. Eine optimale Führungsqualität ist vor allem vom Engagement der Führungskräfte abhängig. Diese müssen die Interessensgruppen in der Stadt genau kennen und ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen und politischen Vorgaben herstellen können. Die Führungskräfte der Kernverwaltung im engeren Sinn sind der Bürgermeister, der Stadtamtsdirektor sowie die fünf Abteilungsleiter. Führungsaufgaben sind auch den insgesamt 12 Teamleiterinnen und -leitern übertragen.
- 5.2. Nach Ansicht des LRH ist die Führungsstruktur und Anzahl der Führungskräfte in der Stadtverwaltung im Vergleich zum Aufgabenspektrum der Stadtgemeinde passend. Er gewann den Eindruck, dass die Führungskräfte engagiert und um eine gute Führung bemüht sind. Die Informationsschienen auf Führungsebene sind klar geregelt. Abstimmungsbedarf herrscht allerdings in Bezug auf die Verwaltungsentwicklung. Zwar verfolgen Bürgermeister und Stadtamtsdirektor diesbezüglich ähnliche Ziele, ein konkreter Umsetzungsplan für die Verwaltungsentwicklung ist jedoch nicht vorhanden. Unterstützend dafür sollte das strukturierte MA-Gespräch in Hinkunft auch zwischen Bürgermeister und Stadtamtsdirektor geführt und dabei konkrete Jahresziele vereinbart werden.

Auf Abteilungsebene ist insbesondere der Leiter der Finanzabteilung zu stark mit operativen Aufgaben belastet. Um diesen vom Tagesgeschäft zu entlasten, wird es notwendig sein, die Aufgabenverteilung in bestimmten Bereichen zu überdenken. Beispielsweise könnten verstärkt Tätigkeiten für die Kostenrechnung dem Controlling übertragen und dadurch freie Ressourcen in der Abteilung geschaffen werden.

Strategie und Planung

- 6.1. Strategie und Planung müssen sich mit der internen Kultur, dem Aufbau und den Geschäftsabläufen einer Organisation auseinandersetzen. Strategie, Planung und Prozesse sollten laufend überwacht werden, um festzustellen, ob sie als Ganzes wechselnden Rahmenbedingungen gerecht werden. Die Stadtverwaltung beschäftigt sich schon seit Jahren mit der Weiterentwicklung der Strukturen, wobei die Wertvorstellungen und Ziele in einem Leitbild der Stadtverwaltung definiert sind. Weitere strategische Grundsätze des Verwaltungshandelns sind in der Dienstbetriebsordnung (DBO) der Stadtgemeinde verankert. Ein schriftliches Konzept für die Umsetzung der Ziele ist nicht vorhanden.

- 6.2.** Der LRH stellte fest, dass in Leonding grundsätzliche Überlegungen für die langfristige Entwicklung der Stadtverwaltung und für das Verwaltungshandeln definiert sind. Die Strategien und konkreten Pläne für eine zielgerichtete Verwaltungsmodernisierung waren nicht schriftlich festgelegt.

Positiv wertete der LRH den Aufbau und die Inhalte der DBO, da neben konkreten Dienstanweisungen auch die Grundsätze des Führungs- und Verwaltungshandelns geregelt sind. Da diese aber letztmalig im Jahr 2007 verändert wurde, empfahl der LRH im Hinblick auf Organisationsänderungen, die DBO zu aktualisieren.

Personalmanagement

- 7.1.** Personalmanagement durchleuchtet, wie die Organisation Wissen und Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördert und wie sie diese Aktivitäten plant, damit sie Politik und Strategie der Organisation unterstützt. Die grundsätzlichen Anforderungen an das Personal sind in Stellenbeschreibungen einheitlich festgelegt. Auf die Aus- und Weiterbildung der Bediensteten wird zwar Wert gelegt, langfristige Zielvorstellungen sind jedoch nicht definiert.

- 7.2.** Nach Ansicht des LRH gibt es sowohl beim kurz- als auch langfristigen Personalmanagement Verbesserungsmöglichkeiten. Für die Steuerung des Personals hinsichtlich Stellenausschreibung, Bewerberverwaltung bzw. Schulungen sollte eine zeitgemäße Personalmanagement-Software eingesetzt werden. Außerdem wird es notwendig sein, für die Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Die konkreten Ausbildungsmaßnahmen könnten verstärkt im Rahmen des jährlichen Mitarbeitergespräches vereinbart werden.

Als Schwerpunkt sollten sich die Ausbildungsverantwortlichen den Bereichen Führungskräftenachwuchs und Projektmanagement widmen. Letzteres trägt dazu bei, die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern (siehe Pkt. 11.2.).

- 7.3.** *Nach Angabe der Stadtgemeinde soll ein externes Beratungsunternehmen zur Optimierung der Abläufe und Einführung adäquater Software beauftragt werden. Noch vor dem Sommer wird ein Seminar mit dem Schwerpunkt Projektmanagement für Abteilungs- und Teamleiter angeboten.*

Externe Partnerschaften und Ressourcen

- 8.1.** Das wesentliche Ziel beim Aufbau externer Partnerschaften und Ressourcen besteht grundsätzlich darin, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, sich Ressourcen auf Feldern zu erschließen, die mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft nicht erreichbar wären. Kooperationen mit anderen Gemeinden sind derzeit ansatzweise in der Aus- und Fortbildung und bei der Schaffung von Betriebsbaugebieten vorhanden. Für Dienstleistungen im öffentlichen Verkehr und bei der Wasserversorgung bzw. der Abwasserbeseitigung bedient sich die Stadtgemeinde eines Beteiligungsunternehmens der Landeshauptstadt.

Auf Ebene der Ressourcensteuerung wird in der Amtsverwaltung schrittweise die Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt. Diese dient auch als Grundlage für einen jährlichen Leistungsbericht der Stadtverwaltung an die politischen Entscheidungsträger.

- 8.2.** Aus Sicht des LRH sind Kooperationsbemühungen der Stadtgemeinde vorhanden. Ein weiterer Ansatzpunkt könnte darin bestehen, das vorhandene Spezialisten-Know-how der Stadtverwaltung verstärkt kleineren Verwaltungseinheiten in der näheren Umgebung zur Verfügung zu stellen.

In Bezug auf die Ressourcensteuerung ist es für den LRH unabdinglich, eine durchgängige Kosten- und Leistungsrechnung als zentrales Steuerungsinstrument zügig zu vervollständigen. Die diesbezüglichen Bemühungen der Stadtverwaltung sind deshalb weiter zu intensivieren. Für geeignet hält der LRH das bereits gesetzte Ziel, den jährlichen Leistungsbericht noch stärker auf Basis des Produktkataloges der Stadtgemeinde zu erstellen. Dabei ist es auch erforderlich, durchgängig aussagekräftige Kennzahlen für die Produkte zu definieren.

Prozess- und Veränderungsmanagement

- 9.1.** Prozess- und Veränderungsmanagement befähigen eine Organisation, ihre Prozesse zu verbessern und weiter zu entwickeln, um ihre Kunden und andere Interessensgruppen zufrieden zu stellen und einen Mehrwert für sie zu generieren. Ein strukturiertes Prozessmanagement befindet sich in Leonding derzeit im Aufbau. So wurden Kernprozesse wie der Subventionsprozess bereits definiert und werden mittels Workflow unterstützt. Für Veränderungsmanagement ist in der Stadtgemeinde ein Vorschlagswesen für die Mitarbeiter eingerichtet.
- 9.2.** Der LRH begrüßt die Ansätze der Stadtgemeinde zum Aufbau eines durchgängigen Prozess- und Veränderungsmanagements. Er hält es aber für notwendig, dass in allen Arbeitsbereichen die Kernprozesse des Verwaltungshandelns beschrieben und festgelegt werden.

Kunden-/Bürgerorientierte Resultate

- 10.1.** Für eine Verwaltung ist es wichtig, die Zufriedenheit ihrer internen und externen Kunden im Hinblick auf den Gesamteindruck der Organisation, ihre Produkte und Dienstleistungen, ihre Offenheit und ihre Kundenorientierung zu messen. Die Bürgerorientierung ist in der Stadtverwaltung eine vorrangige Zielsetzung, weshalb beispielsweise im Jahr 2010 das Bürgerservice evaluiert wurde. Weiters implementierte die Stadtgemeinde im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses ein Bürgerbeteiligungsverfahren, welches den Bürgerinnen und Bürgern unter bestimmten Voraussetzungen ein Antragsrecht sowie ein Recht auf Planungsmitwirkung einräumt.
- 10.2.** Für den LRH war erkennbar, dass die Bürgerorientierung in Leonding stark ausgeprägt ist. Um weitere Ergebnisse zur Kundenzufriedenheit zu erlangen, empfahl er der Stadtgemeinde, periodisch auch die Zufriedenheit mit den Leistungen der Stadtverwaltung beim Bürger abzufragen. Besonders interessant wären Ergebnisse zur Erreichbarkeit der Fachabteilungen im Stadtamt, da diese am Montag, Mittwoch und Freitag grundsätzlich nur vormittags erreichbar sind.

Mitarbeiterzufriedenheit

- 11.1. Die Mitarbeiterzufriedenheit beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Organisation. Im Rahmen der Organisationsanalyse erhielten 102 Verwaltungsbedienstete einen standardisierten Fragebogen zur Erhebung des Betriebsklimas, wovon 93 Fragebögen retourniert wurden (Rücklaufquote 91,2 Prozent). Die zusammengefassten Ergebnisse aller Fragen wurden dem Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 1. März 2013 übergeben. Die wesentlichen Mitarbeiterergebnisse, die auf einen Gesamteindruck schließen lassen, sind in der Anlage 2 grafisch dargestellt.
- 11.2. Die Erhebung des Betriebsklimas brachte nach Ansicht des LRH ein differenziertes Bild. Positive Ergebnisse erzielten unter anderem die Rubriken Kollegenbeziehungen und Organisation. Durchschnittliche Werte ergaben sich für die Bereiche Führung und Interessensvertretung, eher negativ wurden die Kategorien Information und Mitsprache bewertet. Dabei wurde der Eindruck des LRH bestätigt, dass offenbar ein Informationsmangel bei den Mitarbeitern über die Vorgänge in anderen Abteilungen herrscht und die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit verbesserungsfähig ist.

Leistungsergebnisse der Organisation

- 12.1. In diesem Bereich geht es um gemessene Leistungen und Wirkungen der Organisation bei der Erreichung von Zielen. Die Leistungsergebnisse geben Aufschluss darüber, wie die Organisation funktioniert und wie effektiv und effizient sie ihre Ressourcen einsetzt. In Leonding fungiert der jährliche Verwaltungsbericht der Stadtgemeinde als zentrales Instrument zur Darstellung des Leistungsspektrums.
- 12.2. Der LRH sah im jährlichen Verwaltungsbericht ein geeignetes Mittel zur Präsentation der Leistungen der Gemeindeverwaltung. Auf das Verbesserungspotenzial bei diesem Tätigkeitsbericht wurde bereits unter Pkt. 8.2. hingewiesen.

HAUSHALTS- UND FINANZANALYSE

- 13.1. Die Haushaltsrechnung zeigte in den letzten Jahren folgende Ergebnisse (in Euro):

Jahr	o. H.	ao. H.	Gesamthaushalt
2009	59.391	-2.950.000	-2.890.609
2010	65.796	-2.500.000	-2.434.204
2011	30.750	-400.000	-369.250

Laut Angabe der Finanzverwaltung kann die Stadtgemeinde auch im Jahr 2012 den o. H. wieder ausgleichen und den Fehlbetrag im ao. H. weiter reduzieren.

Die Ergebnisverbesserung im ao. H. im Jahr 2011 war darauf zurückzuführen, dass die Stadtgemeinde einige Vorhaben durch buchmäßige Darstellung von Darlehensaufnahmen über 2,9 Mio. Euro ausfinanzierte. Tatsächlich aufgenommen wurden diese Darlehen erst Ende 2012.

- 13.2.** Der LRH stellte fest, dass Leonding in der Vergangenheit immer den o. H. ausgleichen konnte. Kritisch sah er die hohen Darlehensaufnahmen im ao. H. für das Jahr 2011, da die Stadtgemeinde einen nicht veranschlagten Überschuss aus dem o. H. von 1,9 Mio. Euro nicht dem ao. H., sondern einer allgemeinen Rücklage zuführte. Aus haushaltsrechtlicher Sicht hätten die Darlehen erst nach tatsächlicher Aufnahme buchmäßig erfasst werden dürfen.
- 13.3.** *Die Stadtgemeinde hielt fest, dass Darlehen zukünftig erst nach deren Aufnahme buchmäßig erfasst werden.*
- 14.1.** Der Saldo aus Zuführungen und Rückführungen zwischen o. H. und ao. H. gilt als Indikator für die Leistungsfähigkeit des Gemeindehaushaltes. Er entwickelte sich in den letzten Jahren wie folgt:

Jahr	Zuführungen an ao. H.	Rückführungen an o. H.	Saldo
2009	995.387	316.786	678.602
2010	1.523.810	251.884	1.271.926
2011	974.070	498.500	475.570

Der Saldo stieg im Jahr 2010 deshalb an, weil Rücklagenaufösungen von 600.000 Euro den o. H. stärkten.

- 14.2.** Die finanziellen Handlungsspielräume Leondings haben sich in den letzten Jahren zunehmend verringert. Der LRH führte dies neben dem stark ausgeprägten Leistungsangebot der Stadtgemeinde vor allem auf die steigenden Transferausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich sowie auf die Erweiterung des Angebots bei der Kinderbetreuung - vorrangig aufgrund der gesetzlichen Änderungen - zurück.

Problematisch gestalten sich aus finanzieller Sicht die zu geringen Anteilsbeiträge des o. H. für ao. Investitionen. Dies führte dazu, dass die Stadtgemeinde in den letzten Jahren vermehrt Darlehen aufnahm, um Projekte auszufinanzieren. Dies betraf auch die Investitionen in der gemeindeeigenen Infrastrukturgesellschaft, welche bislang großteils darlehensfinanziert wurden (siehe Pkt. 48.2.).

Der enge finanzielle Spielraum Leondings zeigt sich beispielsweise bei den vereinbarten Ratenzahlungen der Stadtgemeinde an das Land OÖ für die Straßenbahnverlängerung auf das Harter Plateau, welche bislang überwiegend fremdfinanziert werden mussten (siehe Pkt. 53.2). Aus Sicht des LRH ist es daher notwendig, die Überschüsse in der laufenden Gebarung deutlich zu steigern, um den künftigen Investitionsbedarf ohne massive Fremdmittelaufnahmen bewältigen zu können.

Optimierungsmöglichkeiten im laufenden Geschäft sind nach Ansicht des LRH sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig vorhanden. Der LRH begrüßt daher erste Einsparungsbemühungen bei den öffentlichen und betrieblichen Einrichtungen. Um jedoch tatsächlich ausreichende finanzielle Spielräume für das Investitionsprogramm der Stadtgemeinde zu erlangen, werden auch grundlegende strukturelle Veränderungen notwendig sein. Dafür sollte das Bewusstsein für die bereits angespannte Haushalts- und Finanzsituation in den politischen Gremien gestärkt und darauf aufbauend Maßnahmen nachhaltig umgesetzt werden.

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

15.1. Der Rechnungsquerschnitt (RQ) ist dem Begriffssystem des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung nachgebildet und stellt die wirtschaftlichen Sachverhalte der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung gemeinsam dar. Nachstehende Tabelle zeigt die Rechnungsquerschnitte der Stadtgemeinde in verdichteter Form. Die Details dazu sind der Anlage 3 zu entnehmen und werden unter den Punkten 15.2 bis 17.2 näher beleuchtet.

KZ	Bezeichnung	2009	2010	2011	10/11
		Summe o. + ao. H. (in Tausend Euro)			in %
	Laufende Gebarung				
19	Einnahmen	48.645,0	47.782,4	52.007,6	8,8
29	Ausgaben	44.305,7	45.173,4	47.403,9	4,9
91	<i>Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung</i>	4.339,2	2.609,0	4.603,7	76,5
	Vermögensgebarung				
39	Einnahmen	533,3	465,5	850,1	82,6
49	Ausgaben	7.152,5	6.001,1	3.700,2	-38,3
92	<i>Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</i>	-6.619,3	-5.535,5	-2.850,1	48,5
	Saldo 1 und Saldo 2	-2.280,1	-2.926,6	1.753,6	159,9
	Finanztransaktionen				
59	Einnahmen	2.580,8	5.580,1	3.772,5	-32,4
69	Ausgaben	2.983,7	2.197,1	3.461,1	57,5
93	<i>Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen</i>	-402,9	3.383,0	311,4	-90,8
94	<i>Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnung o. / ao. H. u. ohne Abwicklungen</i>	-2.683,0	456,4	2.065,0	352,5
82 - 86	Abwicklung Sollergebnis Vorjahre	-207,6	-2.890,6	-2.434,2	-15,8
99	Administratives Jahresergebnis	-2.890,6	-2.434,2	-369,3	-84,8

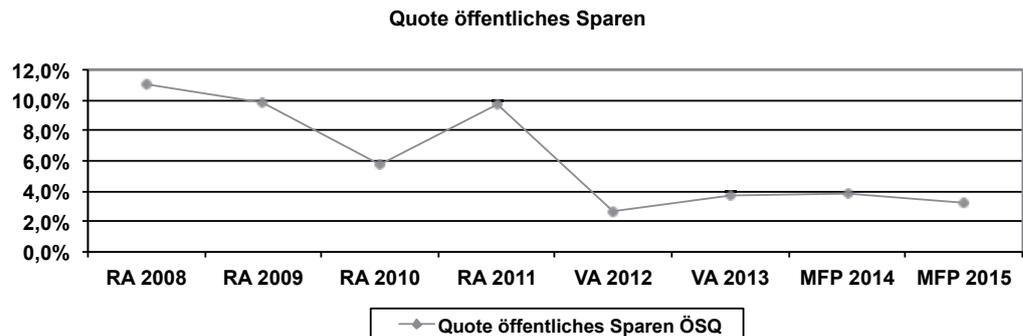
15.2. Der LRH stellt im mehrjährigen Vergleich Folgendes fest:

- Das **Ergebnis der laufenden Gebarung** (Saldo 1 des RQ) sank 2009/2010 um 1,73 Mio. Euro und stieg 2011 wieder um 1,99 Mio. Euro auf 4,60 Mio. Euro. Der Rückgang 2009/2010 ist auf Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen und Steuern sowie auf Ausgabensteigerungen bei den laufenden Transferzahlungen zurückzuführen. 2010/2011 konnte der Anstieg größtenteils durch Mehreinnahmen bei den Steuern und Ertragsanteilen erzielt werden.
- Das **Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen** (Saldo 2 des RQ) war stets negativ. 2009 lag das Ergebnis noch bei -6,62 Mio. Euro, das sich bis 2011 auf -2,85 Mio. Euro verbesserte. Im Jahresvergleich 2010/2011 erhöhten sich die Einnahmen um 82,6 Prozent auf 0,85 Mio. Euro. Hingegen verminderten sich die Ausgaben um 38,3 Prozent auf 3,70 Mio. Euro.
- Der **Saldo aus Finanztransaktionen** (Saldo 3 des RQ) war 2009 noch negativ, stieg 2010 auf 3,38 Mio. Euro und sank 2011 auf 311.400 Euro. Die hohen Schwankungen sind auf Aufnahmen von Finanzschulden und Zuführungen an Rücklagen zurückzuführen.

Laufende Gebarung

Öffentliches Sparen im Überblick

- 16.1. Das öffentliche Sparen zeigt sich im Ergebnis der laufenden Gebarung. Die daraus ableitbare Sparquote¹ lag 2009 bei 9,8 Prozent, fiel 2010 auf 5,8 Prozent und stieg 2011 wieder auf den Wert von 2009. Laut Voranschlag 2012 wird eine Sparquote von 2,7 Prozent erwartet, die sich mittelfristig bei ca. 4 Prozent einpendeln wird.



- 16.2. Der LRH stellte fest, dass die Stadtgemeinde in den letzten Jahren meist eine durchschnittliche Sparquote² aufwies. Für das Jahr 2012 wird sich die tatsächliche Quote im Vergleich zum Voranschlag auf Grund der guten Einnahmenentwicklung verbessern. Dennoch reichen die Überschüsse aus der laufenden Gebarung bei weitem nicht dazu aus, um die Investitionen zu finanzieren oder Finanzschulden abzubauen.

Zu den signifikanten Veränderungen der laufenden Gebarung hielt der LRH Folgendes fest:

- Die Einnahmen aus **eigenen Steuern** (KZ 10) gingen 2009/2010 um 164.300 Euro zurück und stiegen 2010/2011 um 1,08 Mio. Euro auf 14,08 Mio. Euro. Der Anstieg war vor allem auf Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer zurückzuführen.
- Die **Ertragsanteile** (KZ 11) lagen 2009 bei 21,09 Mio. Euro, gingen 2010 leicht zurück und stiegen 2011 wieder um 2,29 Mio. Euro auf 23,09 Mio. Euro. Sie stellen mit 44,4 Prozent der laufenden Einnahmen die wichtigste Einnahmenquelle dar.
- Die **laufenden Transfereinnahmen von Trägern des öffentlichen Rechts** (KZ 15) stiegen 2009/2010 um 700.000 Euro und sanken 2010/2011 um 443.900 Euro auf 2,40 Mio. Euro. Der Anstieg ist auf Landesbeiträge für die Kindergärten zurückzuführen. Der Rückgang erklärt sich durch verspätete Einnahmen für den öffentlichen Verkehr (Stadtteilbus, AST-Beiträge).

1 Die öffentliche Sparquote wird berechnet: Ergebnis der laufenden Gebarung (KZ 91) / laufende Ausgaben (KZ 29) * 100. Je höher die öffentliche Sparquote ist, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung von Ausgaben der Vermögensgebarung und für die Rückzahlung von Schulden zur Verfügung.

2 Bewertung in Anlehnung an ein Referenzwertmodell von Biwald/Wachter, KDZ

- Die **sonstigen laufenden Transfereinnahmen** (KZ 16) blieben 2009 und 2010 in etwa gleich und stiegen 2011 um 511.900 Euro auf 611.700 Euro. Die Mehreinnahmen ergaben sich durch einmalige Zahlungen von Dritten (z. B. Grundeinlösungen) im Rahmen der Straßenbahnverlängerung.
- Die **Personalausgaben** (KZ 20) erhöhten sich 2009/2010 um 425.700 Euro und 2010/2011 um 259.700 Euro auf 13,52 Mio. Euro. Der Anstieg kam neben der allgemeinen Bezugserhöhung, durch Dienstjubiläen, Mehrleistungen sowie Pensionierungen und Abfertigungen zustande. Mehrausgaben waren vor allem im Bereich Kinderbetreuung zu verzeichnen. Der Anteil der Personalausgaben betrug 2011 28,7 Prozent der laufenden Ausgaben des RQ bzw. 26,2 Prozent der ordentlichen Ausgaben.
- Die **laufenden Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts** (KZ 26) stiegen jährlich um über 1 Mio. Euro auf 16,96 Mio. Euro im Jahr 2011. Davon wurden 15,55 Mio. Euro für die SHV-Umlage, den Krankenanstaltenbeitrag und die Landesumlage benötigt. Von den Einnahmen aus Ertragsanteilen und eigenen Steuern von zusammen 37,18 Mio. Euro mussten für diese Transferzahlungen 41,8 Prozent ausgegeben werden. 58,2 Prozent dieser Einnahmen dienten zur Bedeckung sonstiger Ausgaben.
- Die **sonstigen laufenden Transferzahlungen** (KZ 27) stiegen 2009/2010 um 352.700 bzw. 2010/2011 um 459.100 Euro auf 3,01 Mio. Euro. Dieser jährliche Anstieg ist auf Ausgaben für den Öffentlichen Verkehr zurückzuführen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Finanzkraft 2010/2011 um 3,2 Mio. Euro auf 36,04 Mio. Euro erhöhte, gleichzeitig aber die Pflichtausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich um über eine Mio. Euro stiegen. Mit einer Kopfquote von 1.451 Euro lag die Stadtgemeinde bei der Finanzkraft im Jahr 2011 immerhin an 3. Stelle im Bezirksvergleich bzw. an 16. Stelle im Landesvergleich.

Vermögensgebarung

- 17.1.** Die Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen beliefen sich 2009 auf 533.300 Euro, sanken 2010 auf 465.500 Euro und stiegen 2011 wieder auf 850.100 Euro. Sie stammten vorrangig aus dem Verkauf eines Gebäudes sowie Kapitaltransferzahlungen für Landesstraßen. Diesen Einnahmen standen Ausgaben zwischen 3,70 Mio. Euro und 7,15 Mio. Euro gegenüber, die vor allem für Straßenbau, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Schulanlagen benötigt wurden. Die jährliche Investitionsquote³ lag 2009 noch bei 10,2 Prozent und fiel bis 2011 auf 3,8 Prozent.
- 17.2.** Der LRH stellte fest, dass die Investitionsquote lt. Rechnungsabschluss rückläufig war. Werden auch die Investitionen der Infrastruktur- und Immobilien Leonding GmbH & Co KG in der Berechnung berücksichtigt, bleibt die Investitionstätigkeit der Stadtgemeinde über die Jahre in etwa gleich. Insgesamt weist die Stadtgemeinde für den LRH eine durchschnittliche Investitionstätigkeit auf.⁴

3 Die Investitionsquote wird berechnet: Investitionsausgaben (KZ 40,41,42) / Gesamtausgaben (KZ 89) des Rechnungsquerschnitts * 100
4 Bewertung in Anlehnung an ein Referenzwertmodell von Biwald/Wachter, KDZ

Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung

- 18.1.** Die Mittelfristige Finanzplanung (MFP) 2013 bis 2016 für den Kernhaushalt enthält eine Übersicht über die Haushalts- und Schuldenentwicklung, die Budgetspitzen sowie den mittelfristigen Investitionsplan. Die Budgetspitzen, die über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Haushaltes Aufschluss geben, sind lt. MFP bis 2014 leicht positiv und danach negativ. Weiters sind für den Kernhaushalt in der Planperiode Investitionen von 19 Mio. Euro geplant, welche mit Eigenmitteln, mit Landeszuschüssen und mit ca. 15 Mio. Euro überwiegend darlehensfinanziert werden sollen.
- 18.2.** Auch wenn die Stadtgemeinde davon ausgeht, den o. H. weiterhin ausgleichen zu können, zeigt die MFP, dass sich die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Stadtgemeinde weiter einschränken wird.

Noch aussagekräftiger ist aus Sicht des LRH die gemeinsame Betrachtung der MFP der Stadtgemeinde mit der mittelfristigen Investitionsplanung der gemeindeeigenen Infrastrukturgesellschaft. Diese ergibt ein Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 29 Mio. Euro bis ins Jahr 2016. Dabei ist aus heutiger Sicht davon auszugehen, dass mangels Eigenmittel auch in der Gesellschaft überwiegend Darlehen aufgenommen werden müssen. Will es Leonding schaffen, dieses ambitionierte Investitionsvolumen im Planungszeitraum zu realisieren und gleichzeitig die Neuverschuldung im bisherigen Rahmen zu halten, wären nach Schätzungen des LRH zusätzliche jährliche Überschüsse in der laufenden Gebarung von mindestens zwei Mio. Euro notwendig.

Maastricht-Ergebnis

- 19.1.** Die Gemeinden sind im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspaktes unter anderem verpflichtet, jeweils länderweise ein ausgeglichenes Maastricht-Ergebnis zur gesamtstaatlichen Konsolidierung beizutragen. Das im RQ ausgewiesene Ergebnis Leondings belief sich 2009 auf minus 2,8 Mio. Euro, 2010 auf minus 1,8 Mio. und erhöhte sich 2011 auf einen Überschuss von zwei Mio. Euro. Mittelfristig ist wieder von durchwegs negativen Ergebnissen auszugehen.
- 19.2.** Der LRH stellte fest, dass die Stadtgemeinde über die Jahre gesehen keine positiven Beiträge zum gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnis leisten konnte. Leonding sollte in Hinkunft eine stabilitätsorientierte Politik verfolgen, die vor allem auf die Entlastung der laufenden Gebarung Wert legt und dadurch die Maastricht-Ergebnisse positiv beeinflusst.

Verschuldung

Darlehen und sonstige Verbindlichkeiten

- 20.1.** Der Stand an Darlehen lt. Schuldennachweis war im RA 2011 mit 11,4 Mio. Euro um 2,5 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Für die Verschuldung im weiteren Sinn sind auch sämtliche kredit- und darlehensähnlichen Verbindlichkeiten maßgeblich, die sich in den Jahren 2010 und 2011 wie folgt darstellten (Beträge in Mio. Euro):

	2010	2011
Allgemeine Darlehen	8,32	10,87
Darlehen Kanal und Wasser	0,56	0,48
Stand laut Schuldennachweis	8,88	11,35
Restverpflichtung Straßenbahnverlängerung	20,06	18,86
Leasing	12,26	10,84
Verpflichtungen gegenüber der Leonding Infrastruktur GmbH & Co KG	1,79	4,29
Mietverpflichtungen aus Kündigungsverzicht bei Kindergärten Haag und Doppl	3,34	3,18
Kassenkredit	0	0
Gesamt	46,33	48,52

Insgesamt betrug der Schuldendienst im Jahr 2011 ca. 3,5 Mio. Euro. Davon entfielen

- 0,5 Mio. Euro auf den Annuitätendienst für die Darlehen im Schuldennachweis,
- 1,4 Mio. Euro auf Leasingraten,
- 1,2 Mio. Euro auf Zahlungen für die Straßenbahnverlängerung,
- 120.000 Euro auf den Liquiditätszuschuss an die gemeindeeigene Infrastrukturgeellschaft sowie
- 262.400 Euro auf Mietverpflichtungen für Kindergärten.

20.2. Aus Sicht des LRH ist Leonding insofern erheblich verschuldet, als bereits ca. zwei Drittel der bereinigten Überschüsse aus der laufenden Gebarung⁵ für den Schuldendienst herangezogen werden müssen. Da für die kommenden Jahre weiterhin hohe Fremdmittelaufnahmen geplant sind, wird sich diese Situation ohne Gegensteuerungsmaßnahmen weiter verschärfen (siehe Pkt. 18.2.).

Im Schuldennachweis 2011 waren nur knapp ein Viertel der tatsächlichen langfristigen Verpflichtungen darzustellen. Alle anderen finanziellen Verbindlichkeiten wären im Leasing- und Haftungsnachweis bzw. unter den noch nicht fälligen Verwaltungsschulden abzubilden gewesen. Dieser Verpflichtung kam die Stadtgemeinde nur unzureichend nach (siehe Pkt. 24.2.).

20.3. *Die Stadtgemeinde wies zu Pkt. 20.1. darauf hin, dass die tabellarische Aufstellung des LRH zur Verschuldung eine Vergleichbarkeit mit dem Schuldenstand anderer öffentlicher Haushalte nicht zulässt. Insbesondere werden die Bedeckung der Darlehen und sonstigen Verbindlichkeiten, als auch das Vermögen der Stadt nicht in die Betrachtung mit einbezogen.*

Zu Pkt. 20.2. merkte die Stadtgemeinde an, dass es Leonding, trotz Finanzkrise, bisher durch gezielte Gegensteuermaßnahmen gelungen ist, stets den Ausgleich des ordentlichen Haushalts zu erreichen. Diesem Ziel wird auch weiterhin höchste Priorität gewidmet. Die Schuldennachweise werden im Rechnungsabschluss 2012 ausreichend dargestellt.

⁵ Der vorrangig um einmalige Einnahmen sowie Zins-, Miet- und Leasingzahlungen bereinigte Überschuss aus der laufenden Gebarung beträgt beispielsweise 5,4 Mio. Euro im Jahr 2011.

- 20.4.** Zu den Ausführungen der Stadtgemeinde hält der LRH fest, dass er die finanziellen Verpflichtungen der Gemeinden nach einheitlichen Kriterien erfasst und bewertet. Vorrangiges Ziel der Analyse ist es, einerseits die Leistbarkeit der Verschuldung darzustellen und andererseits mögliche Verschuldungsgrenzen aufzuzeigen. Eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden ist in diesem Fall nicht zweckmäßig, da wesentliche Bestandteile der Schuldenübersicht, wie die Verpflichtungen für die Straßenbahnverlängerung, reine Zuschussverpflichtungen an Dritte darstellen. Diesen stehen keine Vermögenswerte der Stadtgemeinde gegenüber.

Verlängerung von Darlehenslaufzeiten

- 21.1.** Im Jahr 2010 verlängerte die Stadtgemeinde die Laufzeiten von 13 Darlehen um 15 Jahre auf 25 Jahre. Die Darlehen von insgesamt 3,1 Mio. Euro laufen nun bis längstens 2034 anstelle bisher bis 2019. Sie wurden unter anderem für den Gemeinde- und Landesstraßenbau, eine Schulküche, die Straßenbahnverlängerung und das Panorama Wellness Center benötigt. Insgesamt reduzierten die Darlehensstreckungen die jährlich geleisteten Tilgungen um ca. 150.000 Euro für den Rest des Jahres 2010 und um ca. 280.000 Euro für das Jahr 2011.
- 21.2.** Der LRH merkte an, dass die Verlängerung der Darlehenslaufzeiten dazu diene, den Haushaltsausgleich der Stadtgemeinde ab dem Jahr 2010 zu erleichtern. Er wies allerdings darauf hin, dass die Vorgangsweise der Stadtgemeinde nur kurzfristig den finanziellen Spielraum Leondings erhöht, jedoch die Budgets spätestens ab 2019 zusätzlich belastet. Auch dadurch wird der Handlungsspielraum der nächsten Politgenerationen eingeschränkt. Eine finanzielle Belastung für die Stadtgemeinde ergibt sich auch daraus, dass sich im Zuge der Laufzeitverlängerung die Darlehensbedingungen für die Stadtgemeinde verschlechterten.

Kritisch sah der LRH die Darlehensstreckung insbesondere bei einzelnen Darlehen wie für das Panorama Wellness Center, deren Rückzahlungsdauer von 25 Jahren die Nutzungsdauer voraussichtlich übersteigen wird. Dies hätte möglicherweise zur Folge, dass die Stadtgemeinde Fremdmittel für eine Sanierung aufnehmen muss, aber gleichzeitig das Darlehen für den ursprünglichen Neubau noch nicht abgestattet hat. Um eine budgetäre Doppelbelastung zu vermeiden, hält es der LRH für unerlässlich, dass die Laufzeiten der Darlehen für das Wellness Center reduziert und in Hinkunft fristenkongruente Finanzierungen eingehalten werden.

Darlehensausschreibungen

- 22.1.** Stichprobenartig analysierte der LRH Finanzierungsausschreibungen für Kassenkredite und langfristige Darlehen. Im Rahmen der Darlehensausschreibungen lud die Stadtgemeinde mehrere Kreditinstitute, darunter auch nicht ortsansässige Banken, zur Angebotslegung ein.
- 22.2.** Der LRH stellte fest, dass die Ausschreibungsverfahren weitgehend zweckmäßig abgewickelt wurden. Zur weiteren Optimierung des Ausschreibungsprozesses empfahl er, auch Alternativen bei den Angeboten in die Bewertung einzubeziehen. Außerdem wären in Hinkunft auch Kreditvertragsmuster als Bestandteil der Ausschreibung von den Kreditinstituten einzufordern. Dies kann hilfreich sein, um nachteilige Klauseln in den Darlehensverträgen schon vorab zu vermeiden.

Darlehenskonditionen

- 23.1.** Die Darlehen der Stadtgemeinde sind zur Gänze in Euro aufgenommen und fast ausschließlich variabel mit Bindung an den Euribor verzinst. Mitte 2012 teilte eine Bank der Stadtgemeinde mit, dass sie aufgrund der seit einigen Jahren anhaltenden Lage auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten und der dadurch verursachten Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken die Aufschläge bei 15 bestehenden Darlehen ab 1. Jänner 2013 auf 75 Basispunkte erhöhen wird. Gedeckt ist diese Vorgangsweise durch eine entsprechende Bestimmung in den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank. Der Gemeinderat nahm Ende 2012 von einer möglichen Umschuldung Abstand und zur Kenntnis, dass die Aufschläge dementsprechend angepasst werden.
- 23.2.** Der LRH stellte fest, dass der Stadtgemeinde durch die Erhöhung der Zinsaufschläge Mehrkosten von ca. 15.000 Euro jährlich entstehen werden. Auch wenn die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank eine Veränderung der Zinsentgelte nach billigem Ermessen ermöglichen, ist für den LRH unklar, wie das Kreditinstitut die erhöhten Refinanzierungskosten berechnet. Die Stadtgemeinde sollte diesbezüglich weitere Unterlagen von der Bank einfordern, welche die Mehrkosten bestätigen. In jedem Fall sollten die Erhöhung der Aufschläge nur zeitlich befristet und wieder die ursprünglich vereinbarten Zinsaufschläge angestrebt werden.

Vollständigkeit von Nachweisen im RA

- 24.1.** In den Nachweisen zum RA sind unter anderem sämtliche Schulden, Forderungen, Haftungen, Beteiligungen und Rücklagen gemäß der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) auszuweisen. Die Stadtgemeinde führt zwar diese Nachweise, erfasste die auszuweisenden Beträge bislang aber nicht vollständig.
- 24.2.** Der LRH wies darauf hin, dass eine exakte Darstellung der Nachweise zum RA entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften zwingend geboten ist. Er kritisierte, dass beispielsweise nur ca. 50 Prozent der schuldrechtlichen Verpflichtungen der Stadtgemeinde im RA ausgewiesen sind. Der RA spiegelt dadurch die tatsächliche Schuldensituation Leondings nicht wider und ist daher von eingeschränkter Aussagekraft. Die Stadtgemeinde hat deshalb für die Vollständigkeit insbesondere der Haftungen und noch nicht fälligen Verwaltungsschulden zu sorgen.

Im Detail merkte der LRH zu einzelnen Nachweisen Folgendes an:

- Die Restverpflichtung der Stadtgemeinde gegenüber dem Land OÖ von ca. 19 Mio. Euro zum Finanzierungsbeitrag für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 auf das Harter Plateau ist künftig unter den nicht fälligen Verwaltungsschulden abzubilden. Das Land OÖ weist dies im Übrigen seit Jahren als noch nicht fällige Verwaltungsforderung aus.
- Die langfristigen Verpflichtungen über insgesamt ca. 5,5 Mio. Euro aus dem Kündigungsverzicht bei Kindergarten-Mietmodellen mit Wohnbaugenossenschaften ist ebenfalls unter den noch nicht fälligen Verwaltungsschulden darzustellen.
- Im Zusammenhang mit den Kindergarten-Mietmodellen ist eine Bürgschaftserklärung der Stadtgemeinde von 1,2 Mio. Euro gegenüber einer Wohnbaugenossenschaft nicht in den Haftungen ausgewiesen.

- Der Haftungsnachweis ist unter anderem nicht als Bestandsnachweis geführt, sodass die jährlichen Veränderungen nicht ersichtlich sind. Eine inhaltlich und formell korrekte Ausweisung der Haftungen ist insbesondere im Hinblick auf die Stabilitätsvorgaben für Gemeinden im Österreichischen Stabilitätspakt 2012 unerlässlich.
- Die Beteiligung der Stadtgemeinde an der Infrastruktur- und Immobilien Leonding GmbH & Co KG ist nicht im Beteiligungsnachweis abgebildet.

Vermögen

- 25.1.** Die Stadtgemeinde führt seit einigen Jahren eine Vermögens- und Schuldenrechnung, die auch im RA dargestellt ist. Der Vermögensnachweis zeigt insgesamt Vermögenswerte von 74,3 Mio. Euro, unter anderem auch Liegenschaftsbesitz in Höhe von 12,2 Mio. Euro. Die wesentlichen Positionen darin sind unbebaute Grundstücke mit 5,9 Mio. Euro, die Kürnberghalle mit 3,2 Mio. Euro und das Ortszentrum Doppl-Hart mit 1,9 Mio. Euro. Auf Anfrage konnten keine konkreten Detailpositionen zu den unbebauten Grundstücken genannt werden. Laut Auskunft der Stadtgemeinde ist der Wert seit 1998 unverändert. Etwaige Zu- und Abgänge seither wurden nicht erfasst.
- 25.2.** Der LRH empfahl eine kritische Analyse und Aktualisierung des gesamten Vermögensnachweises der Stadtgemeinde, da dieser die tatsächliche Situation hinsichtlich des Liegenschaftsvermögens der Gemeinde nicht widerspiegelt. Zusätzlich ergab eine stichprobenartige Überprüfung der Abschreibungsdauern von Sachanlagen wie der neuen Solaranlage am Harter Plateau, dass diese nicht in Einklang mit den haushaltsrechtlichen Vorgaben stehen.

Rücklagen

- 26.1.** Der Rücklagenstand der Stadtgemeinde lag Ende 2011 bei 4,9 Mio. Euro und war um 2,2 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Er setzte sich aus einer allgemeinen Ausgleichsrücklage von drei Mio. Euro sowie zweckgebundenen Rücklagen für die Erneuerung der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung von 1,9 Mio. Euro zusammen. Die Rücklagen waren zum Prüfungszeitpunkt zur Gänze zur Stärkung der Liquidität eingesetzt und werden im Bedarfsfall für den Kassenkredit verwendet.
- 26.2.** Der LRH kritisierte, dass Leonding im Jahr 2011 eine hohe allgemeine Rücklage bildete, aber gleichzeitig auch Darlehen für Vorhaben aufnahm (siehe Pkt. 13.2.). Wirtschaftlicher wäre es gewesen, einzelne Finanzierungslücken im ao. H. zu schließen oder die überschüssigen Mittel zur vorzeitigen Rückzahlung von Darlehen einzusetzen. Bevor weitere Fremdmittelaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen getätigt werden, sollte die Stadtgemeinde die Mittel aus der allgemeinen Haushaltsrücklage bedarfsgerecht für künftige Vorhaben einsetzen.

Sonstige Feststellungen

Förderungen und freiwillige Leistungen

- 27.1.** Die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang beliefen sich 2011 auf 1,14 Mio. Euro, das entsprach einer Förderung von rd. 44,30 Euro je Einwohner. Diese Subventionen betrafen viele Lebensbereiche, vor allem aber die Politikfelder Sport, Kultur, Soziales und Kindergärten.

Die größten Ausgaben entfielen auf die Subventionierung der örtlichen Sportvereine (266.800 Euro), im Kulturbereich auf die Durchführung bzw. finanzielle Unterstützung von Kulturveranstaltungen (183.900 Euro) sowie die Förderung von Kulturvereinen (42.500 Euro). Aus dem Sozialbereich waren der Zuschuss zur Seniorenkarte (78.400 Euro), der Aktivpass (72.500 Euro) und die Weihnachtsbeihilfe (15.800 Euro) die größten Ausgabenpositionen. Im Kindergartenbereich führte das Gratismittagessen in den städtischen Kindergärten zu einem Einnahmenverzicht von maximal 160.000 Euro, das Gratismittagessen in den Privatkindergebäuden wurde mit rund 18.000 Euro unterstützt. Für die Förderung von erneuerbaren Energien (Solar- und Photovoltaikanlagen sowie Pelletsheizungen) wurde 2011 ein Betrag von 24.000 Euro aufgewendet, diese Förderung wurde 2012 aber eingestellt.

- 27.2.** Der LRH stellte fest, dass Leonding bei den Förderungen und freiwilligen Leistungen zu großzügig ist und weit über dem vom Land vorgegebenen Richtsatz von 15 Euro pro Einwohner liegt. Bei der Zuerkennung von Subventionen bzw. freiwilligen Leistungen sollte generell ein strengerer Maßstab angewandt werden.

Bei den freiwilligen Leistungen im Sozialbereich wären nach Meinung des LRH die Zuschüsse zur Seniorenkarte zu überdenken. Zum einen tätigt die Stadtgemeinde hohe Ausgaben, um den öffentlichen Verkehr zu attraktivieren, zum anderen wird den sozialen Erfordernissen ohnedies dadurch Rechnung getragen, dass die Stadtgemeinde im Rahmen des Aktivpasses eine verbilligte Monatskarte für das Liniennetz der Linz Linien anbietet. Damit würde auch die soziale Treffsicherheit der Förderung deutlich erhöht werden. Der LRH empfahl im Hinblick auf die seit Oktober 2011 angebotene Mindestsicherung des Landes OÖ auch, die Weihnachtsbeihilfe zu überdenken.

Der LRH begrüßte, dass die Sportförderung in den letzten Jahren bereits etwas gesenkt wurde. Allerdings belastete sie 2011 jeden Leondinger Einwohner immer noch mit beinahe 11 Euro. Bedenkt man die Vorgabe des Landes, wonach die Förderungen und freiwilligen Ausgaben insgesamt einen Betrag von 15 Euro je Einwohner nicht überschreiten sollen, sollte eine weitere Reduktion ins Auge gefasst werden. Auch die freiwilligen Ausgaben im Kulturbereich beliefen sich 2011 auf rund 9,5 Euro je Einwohner. Unter Berücksichtigung der Ausgaben für die Leondinger Kultureinrichtungen (siehe Punkt 37.2. bzw. 38.2.) sollten insgesamt im Kulturbereich deutliche Einsparungen ins Auge gefasst werden. Über die mögliche Haushaltsentlastung durch die Wiedereinführung eines angemessenen Essensbeitrages in den Kindergärten siehe Punkt 32.2.

Öffentlicher Verkehr

28.1. Der öffentliche Verkehr umfasst im Gemeindegebiet von Leonding

- schienengebundene Angebote (Westbahn, Linzer Lokalbahn und Straßenbahnlinie 3),
- den Linienbusverkehr sowie
- das Anruf-Sammeltaxi (Tag und Nacht).

Als unmittelbare Umlandgemeinde von Linz führt die weit überwiegende Mehrheit der Linien von Leonding (bzw. durch Leonding durch) nach Linz. Im Tarifzonenmodell des Oö. Verkehrsverbundes gehört das Gemeindegebiet von Leonding auch zur Kernzone Linz.⁶

Die laufenden Ausgaben und Einnahmen gemäß den jeweiligen Rechnungsabschlüssen stellen sich in der Übersicht wie folgt dar (in Euro):

Ausgaben	2009	2010	2011
Verkehrsverbund	163.821	163.821	163.821
Darlehensannuitäten Straßenbahn Linie 3	49.134	62.979	57.682
Zahlungen an Verkehrsunternehmen zum Betrieb diverser Buslinien	776.964	1.153.746	1.086.050
Anruf-Sammeltaxi	49.298	34.218	34.349
Sonstiges	7.455	8.567	13.798
Summe	1.046.672	1.423.331	1.355.700

Einnahmen	2009	2010	2011
Bundes- und Landeszuschüsse für diverse Linien	109.423	379.819	62.621
Sonstiges	845.573	0	165
Summe	954.996	379.819	62.786

Mit der geplanten Umsetzung des Regionalverkehrskonzeptes Linz-Land werden zusätzliche jährliche finanzielle Belastungen in einer Größenordnung von zumindest 250.000 Euro (auf Berechnungsgrundlage 2010) auf die Stadtgemeinde zukommen.

28.2. Die Zahlungen zum Betrieb diverser Buslinien gingen fast ausschließlich an ein Verkehrsunternehmen der Stadt Linz. Allein auf die beiden Linien 191 (Untergaumberg – Meixnerkreuzung) und 192 (Stadtplatz Leonding – Linz Theatergasse) entfielen 2011 Ausgaben von rd. 670.000 Euro. Neben den jährlichen Bundes- und Landeszuschüssen wurden 2009 einmalig rund 845.000 Euro vereinnahmt. Dabei handelte es sich um die Refundierung von Ausgaben, die die Stadtgemeinde Jahre zuvor im Zusammenhang mit der Errichtung der Straßenbahnlinie 3 auf das Harter Plateau für Grundeinlösen getätigt hatte.

⁶ Innerhalb einer Kernzone ist beim Wechsel des öffentlichen Verkehrsmittels weder eine Aufzählung noch eine neue Fahrkarte notwendig.

Aus Einsparungsgründen gibt es auf den beiden Linien 191 und 192 bei einem grundsätzlichen Halbstundentakt sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag eine Fahrplanlücke von eineinhalb Stunden. Auch wenn die Einhaltung eines bestimmten Taktes ein wichtiges Qualitätskriterium im öffentlichen Verkehr darstellt, hielt es der LRH aufgrund der finanziellen Gesamtbelastung der Stadtgemeinde durch den öffentlichen Verkehr für wichtig, die im Regionalverkehrskonzept vorgesehene Schließung der „Fahrplanlücken“ zu überdenken.

Nach den der Stadtgemeinde Leonding vom Verkehrsunternehmen der Stadt Linz zur Verfügung gestellten Daten wurden auf den von der Stadtgemeinde (mit-)finanzierten Linien (11, 17, 19, 191 und 192) im Jahr 2011 rund 2,37 Mio. Personen befördert. Nicht zuletzt auch aufgrund der europarechtlichen Beihilfenproblematik sollten bei der Ermittlung des jährlichen Zuschusses an das Verkehrsunternehmen die Erlöse aus dem Fahrkartenverkauf stärker berücksichtigt werden.

Aus buchhalterischer Sicht merkte der LRH an, Zuschüsse an das Verkehrsunternehmen in Hinkunft im Unterabschnitt 649 und nicht wie bisher in 875 zu budgetieren und abzuwickeln.

ÖFFENTLICHE UND BETRIEBSÄHNLICHE EINRICHTUNGEN

Überblick

- 29.1. Die in der Anlage 4 dargestellten öffentlichen und betriebsähnlichen Einrichtungen belasteten den o. H. in den Jahren 2009 bis 2011 zwischen 2,9 Mio. Euro und 3,4 Mio. Euro. Im Jahr 2011 standen Ausgaben von 5 Mio. Euro, Einnahmen von 1,9 Mio. Euro gegenüber. Die größten Belastungen resultierten vorrangig aus dem hohen Zuschussbedarf für Kinderbetreuung (3 Mio. Euro), Freizeitbetriebe (589.100 Euro), Kultur- und Veranstaltungsbereich (519.500 Euro) sowie Tagesheimstätten (217.900 Euro). Überschüsse konnten bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (insgesamt 1,3 Mio. Euro) sowie bei der Abfallbeseitigung (539.300 Euro) erzielt werden.
- 29.2. Der LRH stellte fest, dass die Stadtgemeinde über eine Fülle von öffentlichen und betriebsähnlichen Einrichtungen verfügt, welche den Haushalt enorm belasten. Er ergänzte, dass die Zuordnung der Personal- bzw. Finanzierungskosten bei einzelnen Einrichtungen nicht korrekt war. Dies betrifft das Freibad, das Panorama Wellness Center, die Veranstaltungszentren sowie die Wohn- und Geschäftsgebäude. Eine bereinigte Darstellung ergibt für diese Betriebe veränderte Fehlbeträge, die zusammenfassend ebenfalls in der Anlage 4 des Berichts dargestellt werden.
- 30.1. Die Stadtgemeinde beauftragte im Jahr 2011 ein externes Beratungsunternehmen die Freizeitbetriebe, Veranstaltungszentren sowie Kultureinrichtungen auf Effizienz und Einsparungsmöglichkeiten zu analysieren. Die Ergebnisse wurden in mehreren Studien der Stadtverwaltung und den politischen Gremien präsentiert.

- 30.2.** Der LRH hob positiv hervor, dass die Stadtgemeinde bei den Freizeitbetrieben und Veranstaltungszentren bereits Einsparungen erzielt hat und um weitere Einsparungen bemüht ist. Aus den bislang beschlossenen Maßnahmen ergibt sich ein jährliches Einsparungspotential von ca. 115.500 Euro für den Bereich der Freizeitbetriebe und Veranstaltungszentren sowie ca. 98.000 Euro für den Kulturbereich. Dennoch werden aus Sicht des LRH auch weitere strukturelle Veränderungen bei einigen Gemeindeeinrichtungen notwendig sein, um ausreichend finanzielle Spielräume zu erlangen. Auf einzelne öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen wird unter den Punkten 31 bis 47 näher eingegangen:

Kinderbetreuung

Kindergärten und Horte

- 31.1.** Die Stadtgemeinde betreibt zehn Kindergärten mit insgesamt 30 Gruppen und 653 Kindern⁷. Darüber hinaus werden von privaten Betreibern (insb. Pfarrcaritas) vier Kindergärten mit sieben Gruppen und insgesamt 153 Plätzen geführt. Zusätzlich gibt es drei städtische Krabbelstuben mit insgesamt sieben Gruppen und 65 Kindern sowie vier Horte mit 18 Gruppen und 360 Kindern. An zwei Standorten betreibt die Stadtgemeinde überdies Eltern-Kind-Zentren.

Die Betriebsabgänge der städtischen Kindergärten, Krabbelstuben und Horte stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an. Von 2010 auf 2011 stiegen sie um etwa 0,3 Mio. Euro und beliefen sich 2011 auf insgesamt rund 2,8 Mio. Euro. Der Anlage 5 ist eine Übersicht über die Haushaltsergebnisse der einzelnen Einrichtungen zu entnehmen. Werden auch die Zuschüsse der Stadtgemeinde an private Betreiber einbezogen, ergibt sich im Jahr 2011 für die Kinderbetreuungseinrichtungen ein Fehlbetrag von 3 Mio. Euro.

Unter Berücksichtigung der Reduktion der maximal zulässigen Gruppengrößen durch die Aufnahme von Integrationskindern waren die Krabbelstuben zu 100 Prozent ausgelastet. In den Kindergärten waren noch Restplätze vorhanden, die aber nach Einschätzung der Stadtgemeinde im Laufe des Jahres noch besetzt werden⁸. Auch in den Horten gab es noch freie Kapazitäten.

- 31.2.** Zusätzliche Belastungen werden auch durch die Einhebung von Gastbeiträgen für Leondinger Kinder in auswärtigen Kinderbetreuungseinrichtungen zukommen. Die bislang aufgelaufenen Rückstände könnten sich, abhängig von der konkreten Höhe des Gastbeitrages je Kind, auf bis zu einer Mio. Euro belaufen. Jedenfalls empfahl der LRH der Stadtgemeinde, auch selbst Gastbeiträge für Kinder anderer Gemeinden, die eine Kinderbetreuungseinrichtung in Leonding besuchen, einzuheben.

Mittagessen in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen

- 32.1.** Die Essensportionen für die Verköstigung der Kinder werden von einem privaten Anbieter wöchentlich geliefert. Das Essen wird von den Hilfs- bzw. Reinigungskräften verteilt. Für das Jahr 2011 ergibt sich für die Stadtgemeinde folgender Zuschussbedarf (in Euro):

7 Stichtag 30. November 2012

8 Insbesondere durch Zuzug nach Leonding und durch Kinder, die unterjährig die Altersgrenze erreichen.

Einrichtung	Portionen	Zuschuss 2011	Zuschuss je Portion
Kindergärten	79.521	267.889	3,36
Horte	52.565	25.661	0,48
Krabbelstuben	4.254	10.382	2,44
Ganztagschule VS	6.744	7.230	1,07
Ganztageschulen NMS	11.989	12.739	1,06
Gesamt	155.073	323.901	Durchschnittl. 2,08

Die Essensbeiträge beliefen sich für die Krabbelstuben auf 2,40 Euro und für den Hort und die Schulen auf 2,80 Euro pro Person. Beim Kindergarten wurde seit 2010 kein Portionspreis, sondern ein Beitrag von monatlich maximal fünf Euro eingehoben. Zum Prüfungszeitpunkt befasste sich die Stadtgemeinde mit der Frage, ob und in welcher Form ein Essensbeitrag wiedereingeführt werden soll.

- 32.2. Die Abwicklung der Mittagsverpflegung wird vom LRH als gut bewertet. Die bestehenden Essenstarife sind angemessen, sollten aber auch weiterhin regelmäßig an die Kostenentwicklung angepasst werden. Der LRH empfahl weiters aus budgetären Gründen im Kindergarten wieder einen einheitlichen Portionspreis festzulegen und aufgrund des absehbaren hohen Verwaltungsaufwandes von einer sozialen Staffelung abzusehen. Somit könnte die Stadtgemeinde bei Einhebung eines Portionspreises analog zu den Krabbelstuben Mehreinnahmen von bis zu 160.000 Euro jährlich erzielen.

Wirtschaftshof

- 33.1. Der Wirtschaftshof verfügt über drei Standorte. Der Hauptstandort befindet sich in der Fuchselbachstraße. Der „Bauhof 2“ liegt in der Sandgasse und wird als Lagerfläche verwendet. Im „Bauhof 3“ am Bachweg sind die Tischlerei sowie Lagerplätze untergebracht. Das Leistungsspektrum umfasst klassische Kernaufgaben wie Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Betreuung von Grünflächen, Instandhaltungen von Gebäuden sowie Leistungen für Veranstaltungen. Anfang 2010 waren 43 Mitarbeiter zu 42,19 PE beschäftigt. Bis November 2012 reduzierte sich der Personalstand auf 37 Personen bzw. 36,19 PE, weil Dienstposten nicht mehr nachbesetzt wurden. Das Betriebsergebnis des Wirtschaftshofes war stets negativ. 2009 wurde ein Fehlbetrag von 41.110 Euro erwirtschaftet, der sich bis 2011 auf 166.600 Euro erhöhte.
- 33.2. Die derzeitige Verteilung des Wirtschaftshofes auf drei Standorte ist nicht optimal. Der LRH empfahl, Grundlagen für die Entscheidung über einen gemeinsamen Standort zu schaffen, indem zuerst das künftige Leistungsspektrum definiert wird. Weiters ist die Betriebsgebarung⁹ des Wirtschaftshofes ausgeglichen darzustellen.
- 34.1. Die Stadtgemeinde beauftragte 2011 ein externes Beratungsunternehmen den Wirtschaftshof auf Effizienz und Einsparungsmöglichkeiten zu durchleuchten. Die Empfehlungen wurden in einer Studie zusammengefasst, bislang aber noch nicht umgesetzt.

9 Lt. Erlass der Direktion für Inneres und Kommunales soll die Betriebsgebarung des Wirtschaftshofes ausgeglichen dargestellt werden.

- 34.2.** Der LRH regte an, die Ergebnisse der Studie auf breiter Basis in den politischen Gremien zu diskutieren und weitgehend umzusetzen. Dadurch könnten manche Arbeitsabläufe jedenfalls effizienter gestaltet werden. Als weiteres Hilfsmittel zur Steuerung des Wirtschaftshofes sollen die EDV-Aufzeichnungen weiter entwickelt und mit dem Stadtamt vernetzt werden. Um kostenrechnerische Stundensätze berechnen und diese für Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf Eigen- oder Fremderstellung von Leistungen wie der Abfallbeseitigung verwenden zu können, empfahl der LRH, eine Kosten- und Leistungsrechnung im Wirtschaftshof auszubauen.
- 35.1.** Die Arbeitszeit der Wirtschaftshofmitarbeiter teilt sich in eine Normal- und Sommerarbeitszeit. Die Normalarbeitszeit beginnt von Montag bis Donnerstag um 7:00 und endet um 16:30 und an Freitagen von 7:00 bis 12:00 Uhr. Die Sommerarbeitszeit (Mai bis August) beginnt Montag bis Donnerstag um 6:00 bis 14:45 Uhr und Freitags von 6:00 bis 12:00 Uhr. Wird außerhalb dieser Zeiten gearbeitet, fallen Überstunden an, welche durch Zeitausgleich abgebaut oder ausbezahlt werden.
- 35.2.** Für den LRH ist das derzeitige Arbeitszeitmodell nicht mehr zeitgemäß. Durch die starren Dienstzeiten fallen z. B. in den Wintermonaten tägliche Mehrstunden an, da der Großteil der Mitarbeiter ab 6:00 Uhr zu arbeiten beginnt. Der LRH regte an, die Arbeitszeiten zu flexibilisieren und dadurch anfallende Überstunden zu reduzieren. Es könnten Vorgaben für einen Dienstzeitrahmen definiert werden. Innerhalb dieses Dienstzeitrahmens hat der Wirtschaftshofleiter die Vorgaben für Regeldienstzeiten schriftlich festzulegen.
- 35.3.** *Die Stadtgemeinde teilte mit, dass an der Einführung eines flexiblen Arbeitszeitmodells gearbeitet wird.*

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

- 36.1.** Die Wasserversorgung (WVA) und die Abwasserbeseitigung (ABA) der Stadtgemeinde werden in Leonding vollständig von einem Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt durchgeführt. Die dazu nötigen Anlagen stehen im Eigentum der Stadtgemeinde. Der Betrieb der WVA erwirtschaftete in den Jahren 2009 bis 2011 Überschüsse zwischen 457.000 Euro (2010) und 502.000 Euro (2011). Der Betrieb der ABA erzielte im selben Zeitraum Überschüsse zwischen 837.000 Euro (2011) und 957.000 Euro (2010).
- 36.2.** Der LRH stellte fest, dass die Stadtgemeinde nur bei der WVA Gebühren in Höhe der Mindestvorgaben des Landes OÖ einhob. Die Gebühren für die ABA liegen bei ca. einem Drittel dieser Mindestvorgaben. Auffällig dabei war, dass die Gebühren dennoch bereits nahe der gesetzlich erlaubten Höchstgrenze¹⁰ liegen. Als Hauptursache dafür sah der LRH, dass – neben der hohen Bebauungsdichte – die Anlagenabschreibung als eine der wesentlichen Kalkulationsbestandteile fast zur Gänze aus der laufenden Buchhaltung übernommen wird. Problematisch ist dabei, dass ein großer Teil der Anlagen bereits voll abgeschrieben ist, diese zum Teil schon über 40 Jahre bestehen und somit keine Wertbeiträge mehr für die Kalkulation liefern. Lediglich bei unmittelbar bevorstehenden Kanalsanierungen wie dem Fuchselbachkanal wird der Investitionsteil, der die nächsten fünf Jahre betrifft, in die Kalkulation aufgenommen.

10 Gemäß § 15 Abs. 3 Z. 4 FAG 2008 darf der Jahresbetrag der Benützungsgebühr das doppelte Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtung oder Anlage (inklusive etwaiger Verzinsungskomponenten) nicht übersteigen (= doppeltes Äquivalenzprinzip).

Da in den kommenden Jahren jedoch ein hoher Investitionsbedarf¹¹ zu erwarten ist, und die vorhandenen zweckgebundenen Rücklagen (ca. 1,4 Mio. Euro für Erneuerung ABA und ca. 0,4 Mio. Euro für Erneuerung WVA) nicht ausreichen werden, diesen zu decken, empfahl der LRH, in der Gebührenkalkulation für Wasser und Kanal die Anlagenabschreibung hinkünftig auf Basis der Wiederbeschaffungswerte der Anlagen zu berechnen. Mit dieser Maßnahme wären eine schrittweise Anhebung der Abwasserbeseitigungsgebühren in Richtung der Mindestvorgaben des Landes und Mehreinnahmen von bis zu ca. 1,7 Mio. Euro jährlich möglich. Somit könnte die Stadtgemeinde die nötige Vorsorge für die mittelfristig anstehenden Sanierungsarbeiten schaffen und Darlehensaufnahmen vermeiden.

Kultur

Turmmuseum

- 37.1.** Das Stadtmuseum von Leonding ist im Turm IX der sogenannten Maximilianischen Befestigungsanlage beheimatet. Auf etwa 800 m² Fläche widmen Ausstellungen sich der Geschichte der Region. Der Ausstellungsbetrieb teilt sich grundsätzlich in eine Dauer- und zwei Sonderausstellungen jeweils im Frühjahr und Herbst. Der Turm selbst befindet sich in Privateigentum und wird seit 1999 von der Stadtgemeinde angemietet. Die wertgesicherte jährliche Miete beträgt zur Zeit etwa 33.000 Euro. Zu Mietbeginn erfolgten umfangreiche Investitionen in die Sanierung und den Umbau des Turms, um diesen als Museum nutzbar zu machen. Die damaligen Kosten beliefen sich auf etwa 600.000 Euro. Vor den Ausgaben für die Miete sind die Personalausgaben (2011: ca. 74.000 Euro) der wesentlichste Bestandteil der Ausgaben für das Turmmuseum. Weiters werden noch ca. 10.000 Euro für Honorare für die Betreuung der Ausstellungen und ca. 17.000 Euro für Leistungen des Wirtschaftshofs und der Druckerei aufgewendet.

Die Haushaltssituation des Turmmuseums zeigte in den letzten Jahren nachfolgende Entwicklung und lässt anhand der jeweiligen Besucherzahlen folgende Kennzahlen ableiten (Geldbeträge in Euro):

	2009	2010	2011
Einnahmen	18.8811	2.263	2.119
Ausgaben	241.665	191.959	163.400
Abgang	222.784	189.696	161.281
Besucherzahl	2.296	2.767	1.915
Ausgabendeckungsgrad	7,8 %	1,2 %	1,3 %
Abgang pro Besucher	97,03	68,56	84,22

- 37.2.** Der LRH hielt positiv fest, dass einige der von einem externen Beratungsunternehmen vorgeschlagenen Empfehlungen (u. a. Verkürzung der Öffnungszeiten) bereits zur Umsetzung beschlossen wurden. Im Wesentlichen wird dabei durch die Reduktion der wöchentlichen Öffnungszeiten von 26 auf 15 Stunden eine Ersparnis von etwa 42.000 Euro jährlich erzielt. Nach Ansicht des LRH könnte durch den Wegfall des Dauerausstellungsbetriebs eine weitere Ersparnis von etwa 10.000 Euro erzielt werden. Die Besucherzahlen zeigen einen ohnehin signifikant höheren Wert zu Zeiten der Sonderausstellungen.

11 Eine vom Städtebund in Auftrag gegebene Studie zeigt einen Gesamtinvestitionsbedarf im Siedlungswasserbau in Höhe von ca. 800 – 1.100 Euro pro Einwohner für den Bezirk Linz-Land.

Aus Sicht des LRH ist es unumgänglich, die Besucherreichweite und damit verbunden auch den Ausgabendeckungsgrad nachhaltig und deutlich zu steigern. Das von der Stadtgemeinde genannte Wunschziel von etwa 6.000 Besuchern jährlich würde theoretisch den Ausgabendeckungsgrad auf etwa sechs Prozent steigern und den Zuschussbedarf auf ca. 18 Euro pro Besucher senken. Um diese Werte zu erreichen, müssten gleichzeitig auch alle oben angeführten kostenreduzierenden Maßnahmen umgesetzt werden.

Insgesamt stand der LRH dem Turmmuseum aufgrund des hohen Fehlbetrages und der sehr geringen Besucherreichweite kritisch gegenüber. Der Ausgabendeckungsgrad des Turmmuseums ist im Vergleich zu den Museen des Landes OÖ und der Stadt Linz als sehr gering einzustufen. Eine Fortführung des Museums in der derzeitigen Form vor allem im Lichte der angespannten Haushaltssituation wäre für den LRH nur schwer nachvollziehbar. Spätestens bei größeren anstehenden Investitionen in den Turm IX empfahl der LRH eine Entscheidung über den Fortbestand zu treffen.

Galerie im 44er Haus

38.1. Im Stadtzentrum von Leonding (gegenüber vom Rathauskomplex) befindet sich das sogenannte „44er Haus“. Darin ist ein Galeriebetrieb untergebracht, in dem Künstler Kunstgegenstände (Bilder, Skulpturen u. ä.) ausstellen können. Die Ausstellungen dauern (inkl. Auf- und Abbau) etwa 3 bis 4 Wochen und beginnen mit einer Vernissage. Im Jahr finden sieben bis acht Ausstellungen statt. Der Großteil der Besucher kommt zur Vernissage. Die laufenden Ausstellungen im Anschluss haben dagegen einen geringeren Zulauf.

Das 44er Haus verursachte einen jährlichen Fehlbetrag im Haushalt von durchschnittlich 53.000 Euro. Die Besucherzahl zeigte insgesamt eine rückläufige Tendenz. Anhand der vorliegenden Haushalts- und Besucherzahlen lassen sich folgende Kennzahlen ableiten (Geldbeträge in Euro):

	2009	2010	2011
Besucherzahl	1.848	1.916	1.155
Besucher bei Vernissagen	1.150	1.300	960
Besucher außerhalb Vernissagen	698	616	195
Anzahl der Vernissagen	9	9	7
Besucher pro Vernissage	128	144	137
Abgang	53.341	52.959	52.175
Abgang pro Besucher	28,86	27,64	45,17

38.2. Auch beim 44er Haus hielt der LRH fest, dass die Stadtgemeinde basierend auf Empfehlungen des externen Beratungsunternehmens Optimierungsmöglichkeiten ausgearbeitet und teilweise zur Umsetzung im Gemeinderat beschlossen hat. Diese sehen im Wesentlichen eine Reduktion der wöchentlichen Öffnungszeiten von 20 auf 12 Stunden und eine Reduktion der Ausstellungen von acht auf sechs vor und würden eine jährliche Ersparnis von etwa 24.000 Euro erzielen.

12 Im Jahr 2009 erhielt die Stadtgemeinde einmalige Förderungen vom Bund und vom Land OÖ in Höhe von 15.000 Euro. Bereinigt man den Ausgabendeckungsgrad um diese Zahlungen, ergibt sich für das Jahr 2009 ein Wert von 1,6 Prozent.

Der LRH empfahl dennoch, weiterreichende Optimierungsvarianten zu prüfen. So wäre es nach Ansicht des LRH überlegenswert, den Ausstellungsbetrieb in den Foyerbereich des Rathauskomplexes zu verlegen. Dies hätte zur Folge, dass aufgrund der längeren Rathausöffnungszeiten die Besucherfrequenz alleine schon durch den laufenden Rathausbetrieb deutlich höher als im 44er Haus wäre und somit eine größere Besucherreichweite für die Ausstellungen erzielt werden könnte. Der laufende Ausstellungsbetrieb könnte nach Ansicht des LRH durch die Mitarbeiter des Bürgerservice abgewickelt werden. Lediglich für Vernissagen und etwaige Wochenendöffnungen (denkbar wäre hier entweder Samstag vormittags oder Sonntag nachmittags) wäre zusätzliches Betreuungspersonal nötig.

Nach Ansicht des LRH sollte geprüft werden, ob die freiwerdenden Raumkapazitäten im 44er Haus mit einer Umsiedelung der Seniorentagesheimstätte Leonding Zentrum sinnvoll genutzt werden könnten. Dies hätte eine Ersparnis in Höhe der jährlichen Kosten von ca. 13.000 Euro für die derzeit gemieteten Räumlichkeiten zur Folge. Darüber hinaus könnte durch die Verlagerung der Tagesheimstätte ein weiterer Impuls zur Belebung des Stadtzentrums gesetzt werden (siehe Pkt. 46.2.).

Bibliotheken

- 39.1. In der Stadtgemeinde Leonding wird im Rathauskomplex die Stadtbibliothek Leonding geführt. Im Stadtteil Doppl befindet sich eine Zweigstelle mit eingeschränkten Öffnungszeiten. In den letzten Jahren zeigen die beiden Bibliotheken gemeinsam folgende Entwicklung (Geldbeträge in Euro):

	2009	2010	2011
Gesamtentlehnungen pro Jahr	68.625	68.184	69.366
Abgang	116.737	116.828	110.147
Abgang pro Entlehnung	1,70	1,71	1,59

- 39.2. Auch bei den Bibliotheken hob der LRH positiv hervor, dass einige Empfehlungen des Beratungsunternehmens (ua. Verkürzung der Öffnungszeiten, Einschränkung der Personalbesetzung) bereits zur Umsetzung beschlossen wurden. Bei konsequenter Umsetzung ergeben sich daraus Einsparungen von bis zu 50.000 Euro jährlich. Da die größte Nutzergruppe der Zweigstelle Doppl die Schüler der örtlichen Schulen sind, sollte nach Ansicht des LRH überlegt werden, ob die Zweigstelle Doppl nicht langfristig in eine Schulbibliothek umgewandelt werden kann. Weiters wäre zu prüfen, ob etwaige zusätzliche Veranstaltungen von den Senioren der benachbarten Tagesheimstätte unterstützt werden könnten. Dies könnte zu einem effizienteren Einsatz der Personalressourcen der Stadtgemeinde führen.

Freizeiteinrichtungen und Veranstaltungshallen

Veranstaltungszentren Kürnberghalle und Doppl Punkt

- 40.1. Mit den Veranstaltungszentren Kürnberghalle und Doppl Punkt kann die Stadtgemeinde mittlere und große Veranstaltungen mit bis zu 1.000 Personen durchführen.

Beide Veranstaltungshallen beherbergen einen Gastronomiebetrieb, welche für die Bewirtung bei Veranstaltungen sorgen. Im Zentrum Doppl Punkt wurde der Gastronomiebetrieb im Jahr 2012 gänzlich neu gestaltet. Zudem konnte (nach längerer Suche) ein neuer Pächter gefunden werden. Die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre zeigen folgendes Bild und lassen bezogen auf die Anzahl der Veranstaltungen folgende Kennzahlen ableiten (Geldbeträge in Euro):

Kürnberghalle	2009	2010	2011
Veranstaltungen pro Jahr	108	90	84
Abgang	165.389	117.275	129.486
Abgang pro Veranstaltung	1.531,38	1.303,06	1.541,50

Doppl Punkt	2009	2010	2011
Veranstaltungen pro Jahr	84	88	45
Abgang	62.966	50.152	92.108
Abgang pro Veranstaltung	749,60	569,91	2.046,84

Der Anstieg des Abgangs des Zentrums Doppl Punkt im Jahr 2011 geht auf den Wegfall eines größeren Kunden zurück. Im Zuge der Umsetzung der Empfehlungen des externen Beratungsunternehmens wurde bereits 2011 begonnen, das Personal in den Veranstaltungszentren und anderen Freizeiteinrichtungen flexibler einzusetzen.

- 40.2. Die neuen Zuordnungen der eingesetzten Mitarbeiter wurden jedoch in der Buchhaltung der Stadtgemeinde nicht nachgezogen. Somit sind in den ausgewiesenen Abgängen der jeweiligen Einrichtungen Unschärfen enthalten. Eine Bereinigung der Unschärfen ergibt 2011 für die Kürnberghalle einen Abgang von etwa 76.000 Euro bzw. durchschnittlich 905 Euro pro Veranstaltung und für das Zentrum Doppl Punkt einen Abgang von etwa 120.000 Euro bzw. durchschnittlich 2.667 Euro pro Veranstaltung.

Der LRH gibt zu Bedenken, dass laut Angaben der Stadtverwaltung langfristig umfangreiche Investitionen und Sanierungen in Höhe von etwa vier Mio. Euro in der Kürnberghalle ins Haus stehen. Für diesen hohen Investitionsbedarf gilt es rechtzeitig Vorsorge zu treffen.

- 40.3. Die Stadtgemeinde hielt fest, dass die korrekte Zuordnung der Mitarbeiter der Stadt auf die einzelnen Kostenstellen für 2012 bereits richtig gestellt wurde.

Freibad

- 41.1. Das Freibad, auch „Kürnbergbad“ genannt, befindet sich am Harter Plateau und verfügt über ein umfangreiches Badeangebot wie z. B. Erlebnis-, Sport-, und Kinderbecken sowie Wasserrutsche. Die Badesaison beginnt Anfang Mai und endet Mitte September. Jährlich besuchen ca. 50.000 Personen das Freibad. Wird der jährliche Abgang der Anzahl der Besucher gegenüber gestellt, ergibt sich folgende Zuschussleistung der Stadt pro Besucher (Geldbeträge in Euro):

	2009	2010	2011
Besucherzahl	49.112	49.182	49.844
Abgang	306.176	171.562	161.329
Abgang pro Besucher	6,23	3,48	3,25

Der Personalstand im Kürnbergbad lag 2009 bei 5,17 PE, der sich geringfügig bis 2011 auf 4,81 PE verringerte. Die von einem externen Beratungsunternehmen aufgezeigten Einsparungen bzw. Verbesserungen wurden vom Gemeinderat im Dezember 2012 beschlossen.

- 41.2. Der LRH merkte an, dass die vorgeschlagenen Empfehlungen bereits umgesetzt wurden. Durch die Berichtigung der Zuordnung des Personals erhöhte sich der Fehlbetrag im Jahr 2011 um 31.687 Euro auf 193.015 Euro.

Der LRH geht davon aus, dass sich der Fehlbetrag für das Freibad aufgrund der Optimierungsansätze der Stadtgemeinde verringern wird.

Panorama Wellness Center

- 42.1. Das Panorama Wellness Center wurde im Dezember 2004 eröffnet. Auf ca. 800 m² Innenfläche und 500 m² Außenbereich wird ein offener Saunahof, ein Whirlpool, Tauch- und Kneippbecken sowie ein Liegebereich angeboten. Die Gesamtkapazität der Anlage liegt bei 124 Personen pro Tag. Jährlich besuchten durchschnittlich 19.300 Personen das Panorama Wellness Center. Im Vergleich Besucherzahl zu Abgang ergibt sich folgender Zuschussbedarf pro Besucher (Geldbeträge in Euro):

	2009	2010	2011
Besucherzahl	19.760	19.765	18.620
Abgang	380.209	202.083	201.207
Abgang pro Besucher	19,24	10,22	10,81

2009 waren 5,22 PE im Panorama Wellness Center beschäftigt, die inzwischen auf 4,81 PE reduziert wurden.

- 42.2. Der LRH hielt positiv fest, dass die Stadtgemeinde für diesen Bereich bereits erste Einsparungsmaßnahmen beschlossen hat. Insgesamt ist der starke Rückgang der Fehlbeträge seit 2009 allerdings fast zur Gänze auf die Laufzeitverlängerung von zwei Darlehen für den Bau der Anlage zurückzuführen (siehe Pkt. 21.2). Durch die Berichtigung der Personalzuordnung verminderte sich der Fehlbetrag 2011 um weitere 28.000 Euro auf 173.200 Euro.

Nach Ansicht des LRH stellt das Panorama Wellness Center für die Stadtgemeinde nach wie vor eine große finanzielle Belastung dar. Sie wird in diesem Bereich auch weiterhin Einsparungen vornehmen müssen. Für den LRH wird Leonding jedoch noch weiterreichende Entscheidungen im Hinblick auf anstehende Sanierungen bzw. Investitionen treffen müssen. Dies auch deshalb, da nach Meinung des LRH der Betrieb einer Wellnessanlage nicht zu den Kernaufgaben einer Stadtgemeinde zählt.

Sporthallen

- 43.1.** Die Stadtgemeinde besitzt zwei Sporthallen. Das Betriebsergebnis der Mehrzweckhalle Leonding lag zwischen -59.200 Euro und -69.100 Euro. Das Betriebsergebnis der Turn- und Sporthalle Hart belief sich 2009 auf -249.900 Euro und ging bis 2011 auf -142.900 Euro zurück. Der Rückgang ist auf die Verringerung von Personalkosten und das Auslaufen der Rückzahlung eines Investitionsdarlehens zurückzuführen. In der Turn- und Sporthalle Hart befindet sich ein Lehrschwimmbecken. Dieses wird von den Schulen und auch von Vereinen oder sonstigen privaten Anbietern benützt.
- 43.2.** Der LRH stellte fest, dass bis dato keine Kostenaufteilung zwischen Sporthalle und Lehrschwimmbecken erfolgte. Er empfahl, den jeweiligen Bereichen die tatsächlichen Kosten zuzuordnen. Nur so können aussagekräftige Entscheidungsgrundlagen für etwaige Sanierungen oder den Fortbestand des Lehrschwimmbeckens geschaffen werden.
- 43.3.** *Die Stadtgemeinde teilte mit, dass die Kosten des Lehrschwimmbeckens ermittelt wurden. Das Ergebnis wird den Gremien zur weiteren Entscheidungsfindung vorgelegt.*

Sonstige Einrichtungen

Friedhof – Bestattung

- 44.1.** Der Stadtfriedhof von Leonding wurde aufgrund begrenzter Kapazitäten als Alternative zum bestehenden Pfarrfriedhof im Stadtteil Alharting geschaffen. Er wies für das Jahr 2011, bedingt durch nachgeholte Instandhaltungsmaßnahmen aus Vorjahren, einen Abgang von ca. 76.000 Euro aus. Der Ausgabendeckungsgrad lag bei 33 Prozent.

Die Stadtgemeinde führt ein eigenes Bestattungsunternehmen im Zentrum von Leonding. Dieses wird als wirtschaftliche Unternehmung gem. § 69 Oö. Gemeindeordnung 1990 mit eigenem Wirtschaftsplan geführt und erzielt regelmäßige jährliche Überschüsse zwischen ca. 32.000 und 40.000 Euro.

- 44.2.** Der LRH kritisierte, dass die Fehlbeträge beim Stadtfriedhof hoch und gleichzeitig die Gebühren im Vergleich zum Pfarrfriedhof und den Umlandgemeinden eher gering sind. Im Lichte der vorliegenden Abgangssituation und des vergleichsweise niedrigen Ausgabendeckungsgrades, empfahl der LRH, die Gebühren dem ortsüblichen Niveau anzupassen und dabei die Gebührenordnung zu vereinfachen¹³. Die Anpassung der Gebühren könnte die jährlichen Abgänge um bis ca. 20.000 Euro reduzieren. Friedhof und Bestattung zusammen betrachtet würden langfristig somit ausgeglichen betrieben werden können.

13 Die bestehende Gebührenordnung umfasst über 60 verschiedene Gebührenposten für Bestattungsarten, Nutzungsrechte, div. Zuschläge und Verwaltungsgebühren.

Jugendzentren

- 45.1. Die Stadtgemeinde beherbergt in ihrem Ortsgebiet zwei Jugendzentren. Es sind dies das Jugendzentrum „leoni“¹⁴ und das 2012 neu errichtete „Jugendcafé“¹⁵. Das bestehende Jugendzentrum „leoni“ zeigte in den letzten Jahren folgende Haushaltsentwicklung (Geldbeträge in Euro):

Jugendzentrum „leoni“	2009	2010	2011
Gesamtbesucher pro Jahr	3.886	4.276	4.741
Öffnungstage pro Jahr	175	184	165
Besucherschnitt pro Tag	22	23	29
Abgang	91.150	81.765	77.196
Abgang pro Öffnungstag	520,86	444,38	467,85
Abgang pro Besucher	23,46	19,12	16,28

Zum Zeitpunkt der Prüfung waren für das „Jugendcafé“ noch keine aktuellen Haushalts- und Nutzungszahlen verfügbar. Es wird jedoch seitens der Stadtverwaltung davon ausgegangen, dass im neuen Jugendzentrum jährlich ca. 60.000 Euro für Personalkosten des Vereins JCUV und ca. 10.000 Euro Betriebskosten für das Gebäude anfallen. Die Kosten für die Errichtung des Jugendzentrums beliefen sich auf etwa 564.000 Euro. Das Land OÖ fördert das Projekt mit 80.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln und mit rund 15.000 Euro über die Direktion Bildung und Gesellschaft. Die verbleibenden Errichtungskosten und der Betrieb sind von der Stadtgemeinde zu tragen.

- 45.2. Der LRH anerkannte den Bedarf an Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche in Leonding. Er merkte jedoch an, dass der Betrieb der beiden Jugendzentren den laufenden Haushalt zusätzlich belasten wird, wodurch die bereits engen Handlungsspielräume der Stadt insgesamt weiter verkleinert werden. Aus Sicht des LRH wird es in Zukunft unerlässlich sein, im Falle des Ausbaus von kommunalen Angeboten eine finanziell gleichwertige Leistungsreduktion in anderen Bereichen vorzunehmen.

Tagesheimstätten

- 46.1. Im Stadtgebiet sind fünf Tagesheimstätten (Doppl, Haag, Holzheim, Leonding, Untergaumberg) für Senioren angesiedelt. Jede Tagesheimstätte wird von einer verantwortlichen Leiterin geführt. Diese ist in ihrer Tagesheimstätte von der Betreuung der Gäste, über den Einkauf bis hin zur Reinigung der Räumlichkeiten verantwortlich. Die Öffnungszeiten in den fünf Stätten sind jeweils Montag bis Freitag von 14:00 bis 18:00 Uhr. Die Haushaltsituation insgesamt ist im Verlauf der Jahre relativ konstant und zeigt Abgänge zwischen 210.000 und 230.000 Euro jährlich. Die jährlichen Besucherzahlen in den einzelnen Einrichtungen schwanken zwischen ca. 3.700 bis 6.200 Personen. Gesamt ergibt dies eine jährliche Besucherzahl von etwa 26.000. Die Tagesheimstätte Haag liegt regelmäßig am unteren Ende der Besucherzahlenbandbreite.

14 Das Zentrum „leoni“ wird vom Verein „I.S.I. – Initiative für Soziale Integration“ betrieben.

15 Das „Jugendcafé“ wird vom Verein „JCUV – OÖ. Jugendcenter Unterstützungsverein“ betrieben.

- 46.2.** Der LRH würdigte die Bemühungen der Stadt im Bereich der Seniorenbetreuung. Gleichzeitig merkte er an, dass sie 2011 jeden Besuch durchschnittlich mit 8,50 Euro unterstützte. Im Lichte der Haushaltssituation der Stadtgemeinde merkte der LRH an, dass auch im Bereich der Seniorenbetreuung Optimierungsmöglichkeiten genutzt werden sollten. So empfahl er beispielsweise die Verlegung der Tagsheimstätte Leonding Zentrum, welche zur Zeit in einem Fremdgebäude eingemietet ist, in das stadteigene „44er Haus“ zu prüfen. Weiters empfahl der LRH verstärkt alternative Modelle der Seniorenbetreuung beispielsweise bei der Programmgestaltung für die Besucher oder bei der Veranstaltung von Ausflügen im Rahmen der aktiven Bürgerbeteiligung zu suchen. Dadurch könnte der Einsatz des Personals effizienter gestaltet werden.

Wohn- und Geschäftsgebäude

- 47.1.** Die Stadtgemeinde hält einige Häuser im Stadtgebiet, die vermietet und verpachtet werden. Die wesentlichste Liegenschaft in diesem Objektportfolio ist der Rathauskomplex. Dieses Gebäude wurde 1999 auf einer Liegenschaft der Stadtgemeinde von einer Leasinggesellschaft errichtet und wird seit Fertigstellung des Gebäudes seitens der Stadtgemeinde geleast. Das Gebäude wird zu knapp 60 Prozent als Amtsgebäude genutzt. Der Rest wird an Leondinger Betriebe vermietet. Im Rechnungsabschluss wird der Betrieb des Rathauskomplexes auf die Ansätze „0290 Amtsgebäude“ und „8463 Rathauskomplex/Tiefgarage“ verteilt dargestellt.
- 47.2.** Im Rahmen der Prüfung stellte der LRH fest, dass bei der Aufteilung der Kosten auf die beiden erwähnten Ansätze die Finanzierungskosten zur Gänze dem Amtsgebäude zugerechnet werden. Eine Aufteilung der Finanzierungskosten gemäß dem tatsächlichen Nutzungsverhältnis ergibt für den Ansatz Rathauskomplex/Tiefgarage für die letzten Jahre folgende bereinigte Haushaltssituation (Geldbeträge in Euro):

	2009	2010	2011
Überschuss Ansatz „Rathauskomplex/Tiefgarage“	112.991	123.008	114.038
abzgl. Finanzierungskosten (41 % der Leasingrate)	518.783	492.590	506.549
bereinigter Abgang	405.792	369.582	392.511

Der LRH empfahl daher im Sinne einer transparenteren Haushaltsführung, dass anteilige Finanzierungskosten, aufgeteilt anhand der tatsächlichen Nutzung, in Hinblick dem Bereich der Wohn- und Geschäftsgebäude zugeordnet werden.

- 47.3.** Die Stadtgemeinde hielt fest, dass die Aufteilung der Finanzierungskosten mit dem Rechnungsabschluss 2012 richtig gestellt wird.

BETEILIGUNGEN

Immobilien- und Infrastruktur Leonding GmbH & Co KG

48.1. Die Infrastruktur- und Immobilien Leonding GmbH & Co KG (vormals „Schulzentren Leonding Immobilien GmbH & Co KG“) wurde Ende 2008 gegründet. Die Gesellschaft wickelte in den folgenden Jahren mehrere Bauvorhaben (vor allem im Kinderbetreuungs- und Schulbereich) für die Stadtgemeinde ab. Die Finanzierung der jeweiligen Bauprojekte erfolgt großteils durch langfristige Bankdarlehen, welche Ende 2011 ca. 4,3 Mio. Euro betragen und durch Haftungsübernahmen der Stadt besichert sind. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch den Stadtamtsdirektor und den Leiter der Finanzabteilung.

Aus finanzieller Sicht belastet die Gesellschaft den Haushalt der Stadtgemeinde durch jährlich zu leistende Liquiditätszuschüsse. Diese lagen dabei zwischen 40.000 Euro im Jahr 2008 und 200.000 Euro im Jahr 2012. In Summe belaufen sie sich auf 528.000 Euro seit Gründung der Gesellschaft.

48.2. Der LRH beurteilte das KG-Modell auf Gemeindeebene als Steuersparmodell. Die künftige Entwicklung der Gesellschaft ist durch die Änderungen in der Steuergesetzgebung beeinflusst.

Nicht nachvollziehbar war für den LRH, wie die Gesellschaft die geleisteten laufenden Liquiditätszuschüsse bislang berechnete. Seiner Ansicht nach sollte die grundsätzliche Bemessung der Höhe des jährlichen Liquiditätszuschusses zumindest folgende Aspekte berücksichtigen:

- zu leistende jährliche Tilgung
- zu zahlende jährliche Zinsen
- Personalaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen (z. B. außerplanmäßige Instandhaltungen), die nicht durch die Mieterlöse gedeckt sind.

Insgesamt ist der für das Jahr 2013 budgetierte Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro um ca. 150.000 Euro zu niedrig. Unter anderem ist der Beginn der Rückzahlung des Darlehens für den Kindergarten Spillheide nicht berücksichtigt. Der LRH empfahl daher dem Gemeinderat eine Erhöhung des Zuschusses zu beschließen. Er geht davon aus, dass sich der Zuschussbedarf aufgrund des ambitionierten Investitionsprogramms auch in den kommenden Jahren erhöhen wird.

49.1. Die Verbuchung der laufenden Geschäftsfälle erfolgte bis 2012 durch einen externen Steuerberater und seitdem durch die Stadtverwaltung. Die Bilanzierung der Gesellschaft wird nach wie vor durch den Steuerberater durchgeführt.

49.2. Zu einigen Bilanzierungssachverhalten hielt der LRH Folgendes fest:

- Die Liquiditätszuschüsse der Stadtgemeinde sind im Jahresabschluss nicht als Fremdkapital, sondern als Eigenkapital auszuweisen.
- Die Investitionszuschüsse des Landes OÖ sollten nach der sogenannten „Brutto-Methode“¹⁶ bilanziert werden.

16 Siehe dazu auch Stellungnahme der Kammer der Wirtschaftstreuhänder zur Behandlung von Investitionszuschüssen (2008) bzw. Stellungnahme des AFRAC zu Bilanzierung von Zuschüssen bei Betrieben im öffentlichen Sektor (2008).

- Die erhaltenen Landeszuschüsse und Bedarfszuweisungen sind in Hinkunft periodengerecht zuzuordnen und auch im ao. H. der Stadtgemeinde entsprechend darzustellen.
- Deckungsrücklässe sind vollständig in den Bilanzen zu erfassen.
- Eine Aktivierung von Geldbeschaffungskosten ist entgegen den steuerrechtlichen Bestimmungen nicht mehr zulässig¹⁷.
- Erfolgsneutrale Sachverhalte sind in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses unsaldiert darzustellen.

49.3. *Die Stadtgemeinde ergänzte, dass die erforderlichen Korrekturen mit der Bilanz für 2012 vorgenommen werden.*

Gründung Kultur GmbH

50.1. Im Rahmen der Prüfung vor Ort wurde dem LRH bekannt, dass im Gemeinderat der grundsätzliche Beschluss zur Gründung einer „Kultur GmbH“ gefasst wurde. Diese soll in Hinkunft den Kulturverwaltungsbetrieb (inkl. Veranstaltungen) abwickeln. Mit der Gründung der GmbH beabsichtigt die Stadtgemeinde eine weitere Professionalisierung des Kulturbetriebes und mittel- bis langfristig die Kosten zu senken. Die Gründung dieser Kultur GmbH soll schon im Frühjahr 2013 stattfinden und wurde im Budgetvorschlag für 2013 mit etwa 70.000 Euro veranschlagt.

50.2. Der LRH stand der raschen Neugründung einer „Kultur GmbH“ in Leonding eher kritisch gegenüber. Ein solches Unternehmen würde seiner Ansicht nach einer längeren Vorlaufzeit bedürfen. Fest steht, dass das Vorhaben ein ausgereiftes Konzept sowie eine starke Geschäftsführung benötigt, die sehr gut in der Kulturszene vernetzt ist und auch das erforderliche Know-how mitbringt. Aus Sicht des LRH ist ein unmittelbarer wirtschaftlicher Erfolg sehr unwahrscheinlich. Es besteht das Risiko, dass zusätzlich zum jetzigen Kulturbetrieb mit der „Kultur GmbH“ zumindest vorerst ein weiterer defizitärer Betrieb für die Stadtgemeinde geschaffen werden würde. Jedenfalls empfahl der LRH vor einer Gesellschaftsgründung ein fundiertes Konzept auszuarbeiten.

BAUVORHABEN

Infrastrukturvorhaben im Kinderbetreuungsbereich

51.1. In den letzten Jahren erweiterten sich die Kapazitäten in Kinderbetreuungseinrichtungen laufend. So wurde das Kinderbetreuungszentrum Spillheide errichtet, der Kindergarten Richterstraße erweitert und eine zweigruppige Krabbelstube im Schulzentrum Hart eingebaut. Geplant bzw. beabsichtigt ist der Neubau des Kindergartens Kirchbühlgasse (im Bereich der Hainzenbachstraße), der Neubau eines Kindergartens im Bereich St. Isidor (in Form eines Mietmodells) und ein Neubau als Ersatz für den Kindergarten in Doppl – Sandgasse.

Bereits im Rahmen eines Mietmodells wurden der Kindergarten Doppl sowie der Kindergarten und Hort Haag realisiert. Konkret schloss die Stadtgemeinde Mietverträge mit gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften ab, wobei bereits bei Baubeginn

17 Siehe dazu auch § 197 Abs. 1 UGB samt herrschender Literaturmeinung.

die Absicht bestand, dass die Stadtgemeinde die Gebäude nach Fertigstellung als Kinderbetreuungseinrichtungen anmieten würde. Im derzeit aktuellen Projekt St. Isidor wurde im August 2012 der schriftliche Mietvertrag abgeschlossen, die bauliche Umsetzung wird erst in Zukunft erfolgen. Die Stadtgemeinde erklärte in den schriftlichen Mietverträgen jeweils einen Kündigungsverzicht über 25 Jahre und ließ sich eine Kaufoption einräumen.

Nach Aussage der Stadtgemeinde stand bei der Entscheidung, Bauvorhaben in Form eines Mietmodells zu realisieren, neben der Entlastung der Bediensteten der Stadtverwaltung vor allem die Finanzierungsfunktion im Vordergrund.

- 51.2.** Der LRH weist darauf hin, dass die Stadtgemeinde in diesem Modell wesentliche Risiken trägt, die über die eines klassischen Mietverhältnisses hinausgehen. So übernimmt sie die finanziellen Risiken aus Baukostensteigerungen oder Änderungen der Refinanzierungskosten des Investors (Änderungen des Zinssatzes). Diese gehen vertragsgemäß (in Form einer Änderung des Mietzinses) zu Lasten der Stadtgemeinde als Mieterin. In einem Fall hat die Stadtgemeinde zur Sicherstellung der Darlehensforderungen der finanzierenden Bank gegen den Errichter sogar eine Haftung als Bürge und Zahler und damit auch ein Insolvenzrisiko übernommen.

Kritisch sah der LRH, dass die Stadtgemeinde trotz der im Vordergrund stehenden Finanzierungsfunktion des Modells nicht einmal Vergleichsberechnungen über die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit angestellt hat. Auch erfolgte nach Auskunft der Stadtgemeinde die Auswahl des Vertragspartners nicht auf Basis mehrerer konkurrierender Angebote, sondern weil der Vertragspartner über entsprechende Liegenschaften verfügte. Insgesamt empfahl der LRH der Stadtgemeinde, ihre Interessen sowohl in der Errichtungsphase als auch in der laufenden Vertragsgestaltung stärker als bisher zu verfolgen.

Der LRH weist außerdem darauf hin, dass die Mietverpflichtungen bis zum Ende des Kündigungsverzichts von insgesamt ca. 5,5 Mio. Euro in den Büchern der Stadtgemeinde darzustellen sind (siehe Pkt. 24.2.).

- 51.3.** *Die gewählte Vorgangsweise wird aus Sicht der Stadt als sinnvoll erachtet. Die Standortentscheidung ist insbesondere auch von der Siedlungsentwicklung abhängig. Die Interessen der Stadt wurden gewahrt. Die Anregungen werden im Übrigen zur Kenntnis genommen. Die abgeschlossene Bürgerschaft wird (ist bereits veranlasst) aufgelöst.*
- 51.4.** Hinsichtlich der Wahrung der Interessen der Stadtgemeinde merkte der LRH an, dass bestimmte Vertragsbestandteile, wie etwa die Bemessung des Mietzinses, eine laufende Überwachung durch die Stadtgemeinde erfordern. Einzelne Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Mietmodells wurden erst im Zuge der LRH-Prüfung geklärt.
- 52.1.** Am 25. März 2010 fasste der Gemeinderat den Grundsatzbeschluss einschließlich des Raumprogramms, durch Neu-, Zu- und Umbauten in Leonding – Spillheide Räumlichkeiten für einen fünfgruppigen Kindergarten, eine Krabbelstube mit drei Gruppen, einen Hort mit sechs Gruppen und für ein Eltern-Kind-Zentrum zu schaffen. Auf Grundlage mehrerer Projektstudien beschloss der Gemeinderat am 1. Juli

2010 den Einreichplan. Der Baubeginn war im Jänner 2011. Im September 2011, zu Beginn des neuen Kindergartenjahres, wurde die Einrichtung eröffnet. Eine auf Basis der Kostenverfolgung erstellte Endabrechnung vom 20. Dezember 2012 ergab (ohne Grundkosten) insgesamt Nettoausgaben von 2,84 Mio. Euro.

- 52.2.** Insgesamt gewann der LRH den Eindruck, dass das Projekt sehr zügig abgewickelt wurde. Aus den Unterlagen ging auch hervor, dass die Aufträge unter Ausnutzung des Wettbewerbs vergeben wurden. Da zum Zeitpunkt der Prüfung vor Ort eine endgültige Abrechnung des Investitionsvorhaben noch nicht vorlag, konnte der LRH die nunmehr vorliegende Endabrechnung nicht mehr im Detail überprüfen. Die darin ausgewiesenen Gesamtausgaben lagen jedenfalls deutlich unter der Kostenschätzung des Architekten.

Straßenbahn Linie 3 aufs Harter Plateau

- 53.1.** 2011 wurde die Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 vom Linzer Hauptbahnhof bis nach Weingartshof (Haltestelle Doblerholz) in Betrieb genommen. In einer Vereinbarung aus 2007 mit dem Land OÖ hatte sich die Stadtgemeinde verpflichtet, 20 Prozent der Investitionskosten, mit Ausnahme der Kosten für die Basisausstattung des rollenden Materials, maximal jedoch 30 Mio. Euro (wertgesichert) zu tragen und diese in 25 Jahresraten, beginnend im Dezember 2008, an das Land OÖ zu zahlen. Zusätzlich übernahm die Stadtgemeinde die Verpflichtung, die Kosten der Reinigung der Haltestellen auf ihrem Gemeindegebiet zu tragen.

Von 2008 bis 2011 zahlte die Stadt jährlich 1,2 Mio. Euro an das Land. Für 2012 wurden jedoch nur mehr 1,1 Mio. Euro budgetiert. Zur Bedeckung der bislang geleisteten 4,8 Mio. Euro wurden Darlehen von rd. 2,7 Mio. Euro aufgenommen, der Rest stammte aus Zuführungen aus dem o. H. bzw. aus der Refundierung von Ausgaben der Stadtgemeinde für Grundstückseinlösen durch die Projektbetreiberin.

In seiner Sitzung vom 8. November 2012 beschloss der Oö. Landtag die Weiterführung der Straßenbahn bis nach Traun. Die Errichtung der rund 4,5 km langen Strecke soll von 2013 bis 2015 erfolgen. Die Schätzkosten belaufen sich (ohne Fahrzeugbeschaffung) auf rund 70 Mio. Euro, wobei sich die betroffenen Gemeinden – im Verhältnis der jeweils auf sie entfallenden Trassenkilometer - zu 20 Prozent beteiligen werden. Ein Gemeinderatsbeschluss dazu lag seitens der Stadtgemeinde Leonding zum Prüfungszeitpunkt noch nicht vor.

- 53.2.** Problematisch sah der LRH, dass die Stadtgemeinde mehr als die Hälfte der bislang geleisteten Zuschüsse durch Darlehensaufnahmen finanzierte. Sollte sie diesen Weg, nämlich die insgesamt 25 Jahresraten überwiegend durch Aufnahme langfristiger Darlehen zu finanzieren, fortsetzen, hätte dies eine weitreichende Verschiebung der Belastungen in die Zukunft zur Folge. Aus Sicht des LRH sollte es jedenfalls das Ziel sein, dass Leonding die Jahresraten künftig zur Gänze aus dem ordentlichen Budget tragen kann.

Obwohl zum Prüfungszeitpunkt eine endgültige Abrechnung der Errichtung des ersten Abschnitts noch nicht vorlag, ist aufgrund des vorläufigen Schlussberichtes vom September 2012 davon auszugehen, dass die Baukosten unter dem maximalen Kostenrahmen liegen werden. Dadurch dürften unter Berücksichtigung der bereits geleisteten Zahlungen die Jahresraten zukünftig unter einer Million Euro liegen.

Die Stadtgemeinde steht auch auf dem Verhandlungsstandpunkt, dass durch den Weiterbau der Straßenbahnlinie die betroffenen Gemeinden von den bereits errichteten allgemeinen Bauwerken (Tunnel und Remise) profitieren und sich daher auch an den Kosten des 20 prozentigen Gemeindeanteils, der bislang von Leonding allein zu tragen war, beteiligen sollen. Sollte diesbezüglich Übereinkunft erzielt werden, würde das die Finanzierungslast weiter senken. Allfällige Einkünfte sollten nach Meinung des LRH ausschließlich dazu verwendet werden, die aus der Finanzierung der Straßenbahnlinie 3 entstandenen Schulden zu reduzieren.

Ausbau der Westbahn durch die ÖBB

- 54.1.** Der viergleisige Ausbau der Westbahn betrifft auch den Streckenabschnitt im Gemeindegebiet von Leonding. Ziel der Stadtgemeinde ist es, die mit dem Ausbau verbundenen Auswirkungen (insb. Lärm und Erschütterungen, „Zerschneidung“ des Gemeindegebietes durch die Trasse und damit einhergehende optische Beeinträchtigungen) für die Stadtgemeinde und ihre Bevölkerung möglichst gering zu halten.

Von 2010 bis zum Prüfungszeitpunkt (Stichtag 20. November 2012) gab die Stadtgemeinde für technische und juristische Beratung (bzw. Vertretung) sowie Unterstützung bei der Kommunikation rund 170.000 Euro aus. Zum Prüfungszeitpunkt wurden unter finanzieller Beteiligung der Stadtgemeinde alternative Projektvarianten (z. B. Einhausung) auf deren technische Machbarkeit und die dafür notwendigen zusätzlichen Kosten geprüft.

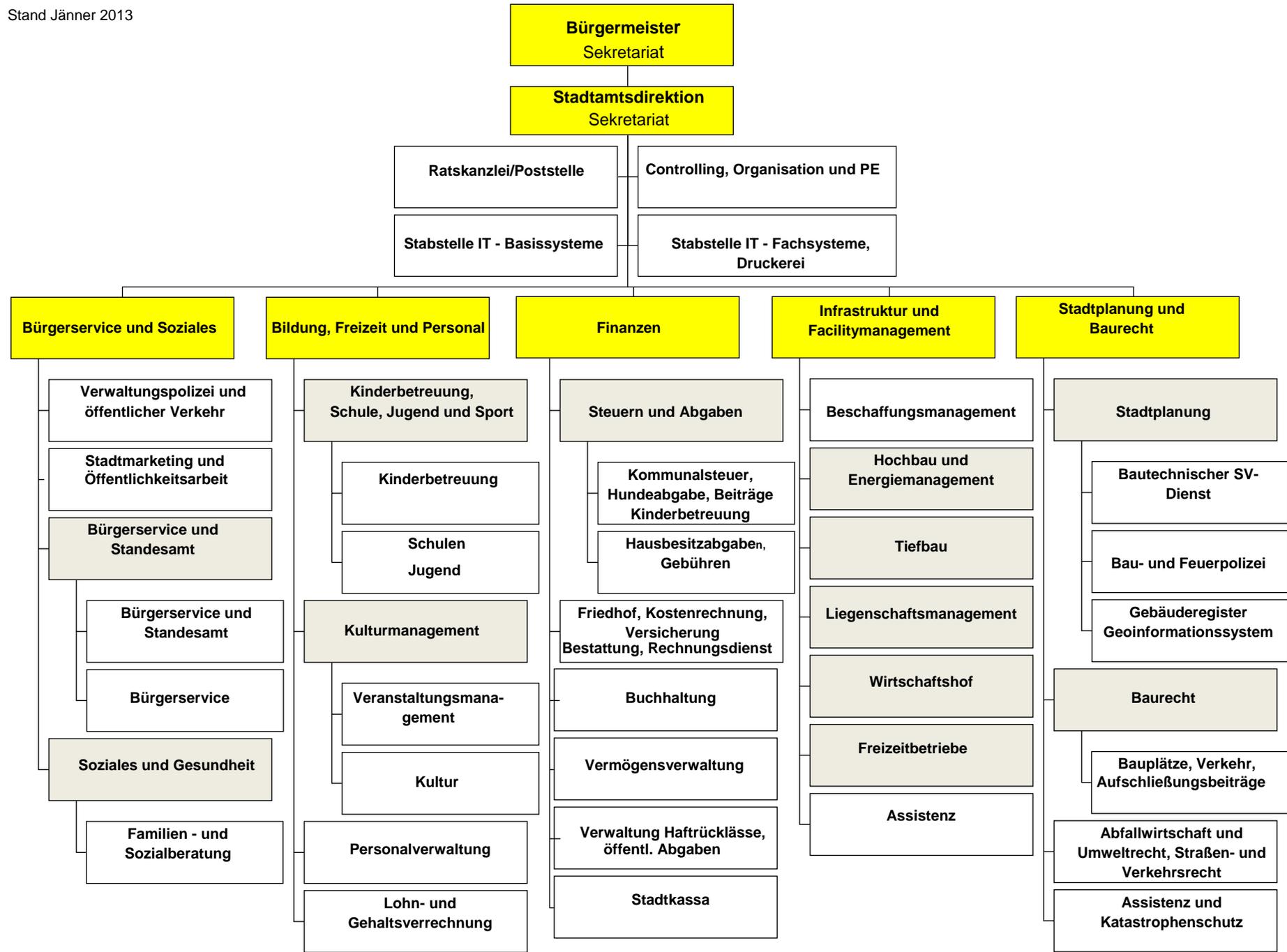
- 54.2.** Für den LRH war das Engagement der Stadt grundsätzlich nachvollziehbar. Den Verantwortlichen der Stadt war durchaus bewusst, dass sich Leonding an allen Maßnahmen, die deutlich über die gesetzlichen Schutzstandards hinausgehen, finanziell beteiligen muss.

5 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 23. April 2013

Ing. Dr. Friedrich Pammer
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes



Legende:



Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung Stadtgemeinde Leonding

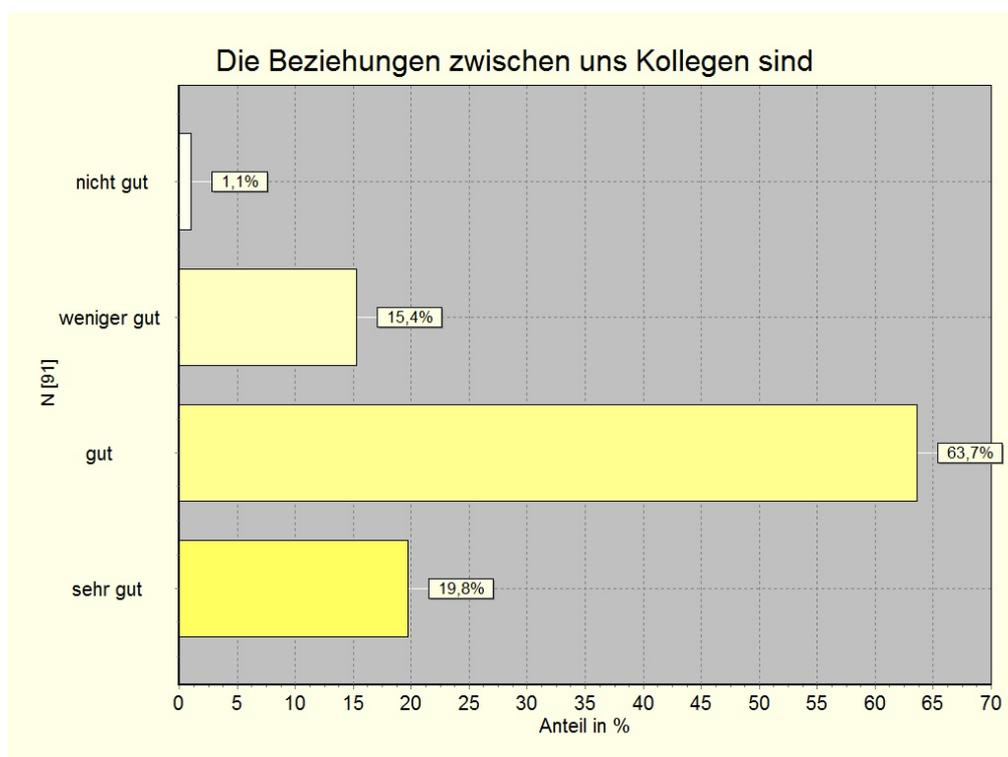
Im Zuge der Prüfung der Stadtgemeinde Leonding wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Betriebsklima in der Gemeindeverwaltung befragt. Insgesamt wurden 102 Fragebögen ausgegeben, wovon 93 an den LRH retourniert wurden. Der Betriebsklimafragebogen umfasste insgesamt 61 Fragen, die sich auf sieben verschiedene inhaltliche Bereiche aufteilten:

- Kollegenbeziehungen
- Vorgesetztenverhalten
- Organisation
- Information
- Mitsprache
- Interessenvertretung
- betriebliche Leistungen

Die sieben inhaltlich unterschiedlichen Bereiche ergeben ein Bild über die Mitarbeiterzufriedenheit zum Zeitpunkt der Befragung.

In der Folge werden die ausgewerteten Ergebnisse der inhaltlich unterschiedlichen Bereiche grafisch dargestellt, die jeweils auf einen Gesamteindruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schließen lassen. Die wesentlichen Schlussfolgerungen daraus sind dem Gutachten zu entnehmen.

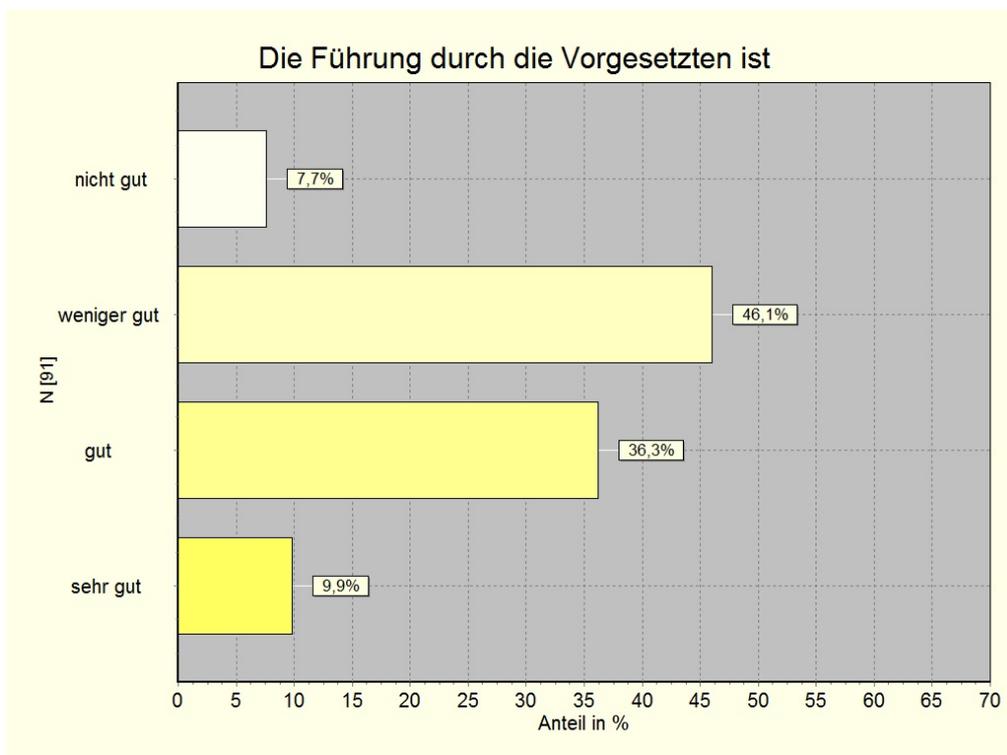
Kollegenbeziehungen¹



Die Beziehungen, die zwischen den Kollegen in einem Betrieb bestehen, sind ein ganz wesentlicher Bestandteil des Betriebsklimas. Sie zu gestalten, menschlich erfreulich zu machen, ist zu einem großen Teil Aufgabe der Mitarbeiter selbst. Der Erfolg hängt dabei vor allem von der Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft sowie der menschlichen Reife der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab.

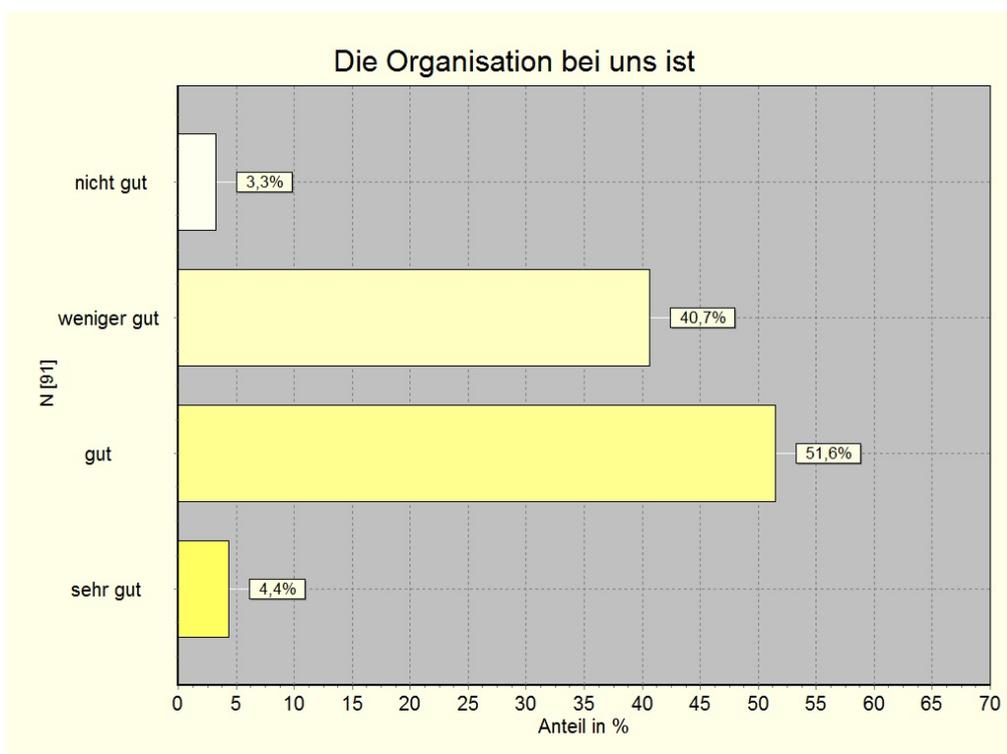
¹ Legende: N.....Anzahl der Antworten

Vorgesetztenverhalten



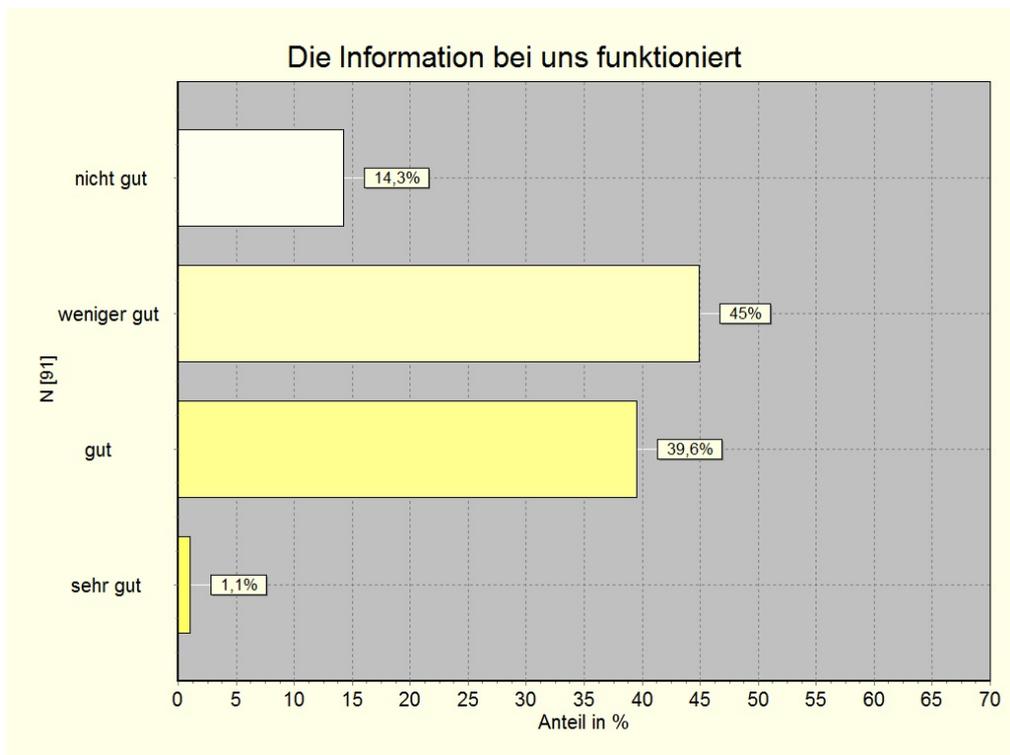
Das Betriebsklima wird maßgebend durch die Vorgesetzten gestaltet. Diese sind entscheidende Erfolgsfaktoren, wenn die erforderliche Kultur für eine moderne Verwaltung entwickelt werden soll.

Organisation

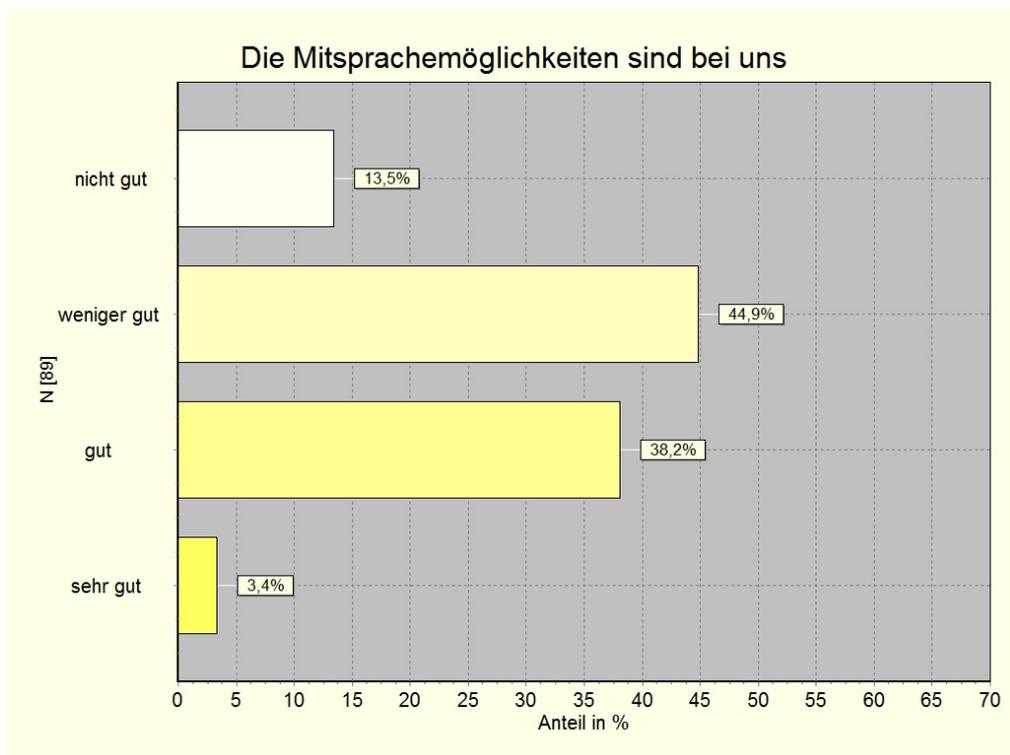


Eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation ist die Basis, auf der sich ein gesundes Betriebsklima erst entwickeln kann.

Information

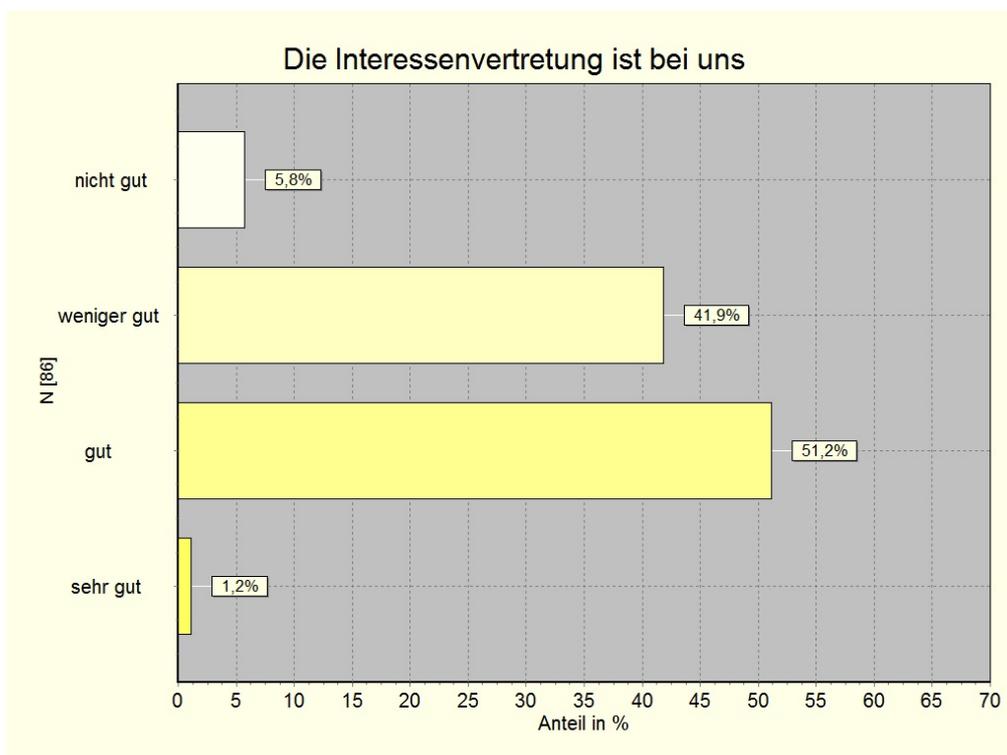


Mitsprache



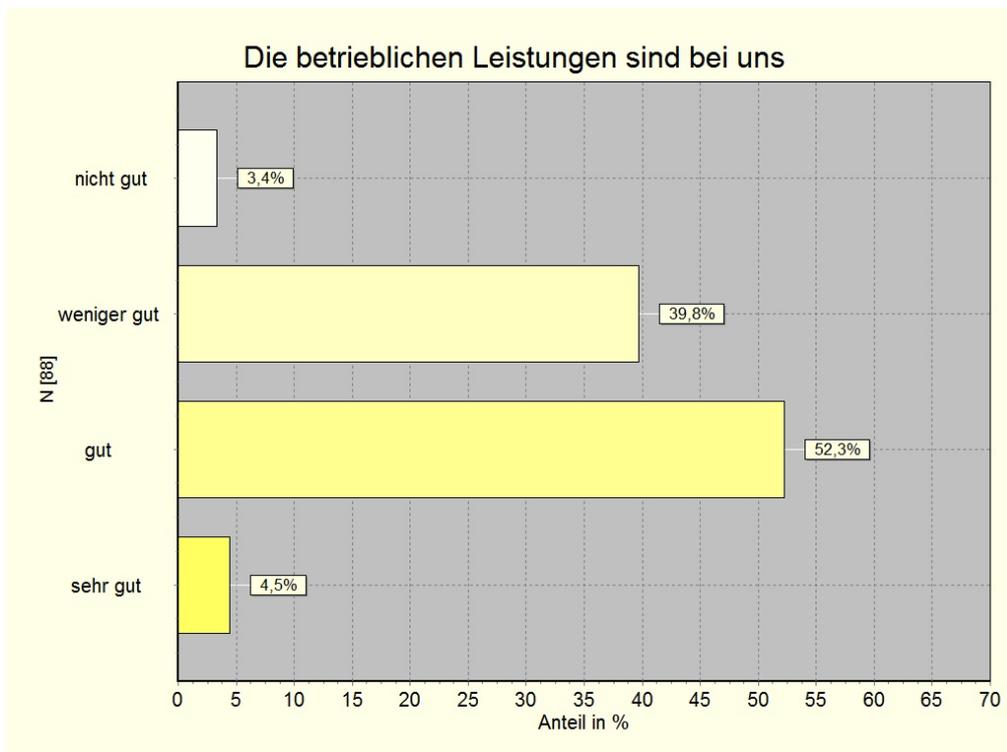
Öffentliche Verwaltungen sollten verstärkt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren und die Mitsprache in der Organisation ermöglichen. Eine transparente Informationspolitik sowie eine vertrauensvolle Kommunikation sind tragfähige Pfeiler einer gesunden Verwaltungskultur.

Interessenvertretung



Es ist unumstritten, dass die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bediensteten, Personalvertretung und Führung dem Betriebsklima nützlich ist. Sie garantiert, dass die Interessen der Organisation und des Personals abgestimmt und zu einem tragfähigen Kompromiss gebracht werden.

Betriebliche Leistungen



Die innerbetrieblichen Leistungen fördern die positive Arbeitsatmosphäre und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Qualität der Leistungen der Bediensteten hängt auch davon ab, in wie weit ihre Leistungen honoriert werden.

Rechnungsquerschnitt 2009 bis 2011

Teil 1 Laufende Gebarung

KZ	Bezeichnung	2009	2010	2011	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.			10/11	
		in 1000 Euro			in %	
Einnahmen der laufenden Gebarung						
10	Eigene Steuern	13.164,1	12.999,8	14.082,2	1.082,4	8,3%
11	Ertragsanteile	21.095,6	20.802,3	23.095,1	2.292,8	11,0%
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	6.067,7	5.887,2	6.176,8	289,6	4,9%
13	Einnahmen aus Leistungen	1.835,7	1.687,8	1.643,9	-43,9	-2,6%
14	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	743,5	711,3	690,3	-21,0	-3,0%
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	2.152,7	2.851,3	2.407,4	-443,9	-15,6%
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	83,8	99,9	611,7	511,8	512,3%
17	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	173,3	72,8	382,6	309,8	425,5%
18	Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	3.328,4	2.670,0	2.917,7	247,7	9,3%
19	Summe 1 (laufende Einnahmen)	48.645,0	47.782,4	52.007,6	4.225,2	8,8%
Ausgaben der laufenden Gebarung						
20	Leistungen für Personal	12.831,6	13.257,4	13.517,1	259,7	2,0%
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	6,2	0,0	0,0	0,0	k.A.
22	Bezüge der gewählten Organe	412,8	428,6	427,5	-1,1	-0,3%
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	966,7	976,9	846,4	-130,5	-13,4%
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	12.915,2	12.077,2	12.214,9	137,7	1,1%
25	Zinsen für Finanzschulden	106,6	57,8	92,3	34,5	59,7%
26	Laufende Transferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	14.689,7	15.765,1	16.956,3	1.191,2	7,6%
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	2.203,6	2.556,3	3.015,4	459,1	18,0%
28	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	173,3	47,8	327,6	279,8	585,4%
29	Summe 2 (laufende Ausgaben)	44.305,7	45.173,4	47.403,9	2.230,5	4,9%
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	4.339,2	2.609,0	4.603,7	1.994,7	76,5%

Teil 2 Vermögensgebarung

KZ	Bezeichnung	2009	2010	2011	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			10/11	
		in 1000 Euro			in %	
Finanztransaktionen						
30,31,32	Veräußerung von Vermögen	0,2	2,8	352,2	349,4	12478,6%
33	Kapitaltransferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	527,4	424,0	264,8	-159,2	-37,5%
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	5,6	38,8	233,1	194,3	500,8%
39	Summe 3: Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	533,3	465,5	850,1	384,6	82,6%
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	5.122,3	3.990,6	1.777,0	-2.213,6	-55,5%
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	590,3	555,2	485,6	-69,6	-12,5%
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	13,0	27,6	14,2	-13,4	-48,6%
43	Kapitaltransferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	1.228,1	1.237,5	1.233,4	-4,1	-0,3%
44	Sonstige Kapitaltransferzahlungen	198,9	190,2	189,9	-0,3	-0,2%
49	Summe 4: Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	7.152,5	6.001,1	3.700,2	-2.300,9	-38,3%
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-6.619,3	-5.535,5	-2.850,1	2.685,4	48,5%
	Saldo 1 + Saldo 2	-2.280,1	-2.926,6	1.753,6	4.680,2	159,9%

Rechnungsquerschnitt 2009 bis 2011

KZ	Bezeichnung	2009	2010	2011	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			10/11	
		in 1000 Euro			in %	
	Einnahmen aus Finanztransaktionen					
50	Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
51	Entnahmen aus Rücklagen	1.011,4	1.913,0	822,3	-1.090,7	-57,0%
52	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen	27,0	27,0	27,0	0,0	0,0%
53	Entnahmen aus Rückzahlung von Bezugsvorschüssen	42,4	40,1	33,2	-6,9	-17,2%
54	Aufnahmen Finanzschulden von Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
55	Aufnahme Finanzschulden von anderen Trägern	1.500,0	3.600,0	2.890,0	-710,0	-19,7%
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
59	Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen	2.580,8	5.580,1	3.772,5	-1.807,6	-32,4%
	Ausgaben aus Finanztransaktionen					
60	Erwerb v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
61	Zuführung an Rücklagen	1.519,1	1.560,3	3.035,0	1.474,7	94,5%
62	Gewährung von Darlehen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
63	Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	51,4	25,3	2,2	-23,1	-91,3%
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern d. öffentl. Rechts	1,1	1,1	1,1	0,0	0,0%
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen Trägern	1.412,1	610,4	422,9	-187,5	-30,7%
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
69	Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen	2.983,7	2.197,1	3.461,1	1.264,0	57,5%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	-402,9	3.383,0	311,4	-3.071,6	-90,8%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnungen zwischen o. und ao. H.	-2.683,0	456,4	2.065,0	1.608,6	352,5%

Übersicht Gesamthaushalt		2009	2010	2011
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 1, 3 und 5</i>	51.759,0	53.828,0	56.630,2
81	Zuführungen aus dem o. Haushalt und Rückführungen aus dem ao. Haushalt	1.312,2	1.775,7	1.472,6
82	Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre	117,4	59,4	65,8
83	Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
79	Summe 7 (Gesamteinnahmen)	58.168,6	55.663,1	58.168,6
84	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 2, 4 und 6</i>	54.442,0	53.371,6	54.565,3
85	Zuführungen an den ao. Haushalt und Rückführungen an den o. Haushalt	1.312,2	1.775,7	1.472,6
86	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	325,0	2.950,0	2.500,0
87	Abwicklung Soll-Überschuss laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
89	Summe 8 (Gesamtausgaben)	56.079,2	58.097,3	58.537,8
99	Administratives Jahresergebnis <i>Summe 7 minus Summe 8</i>	-2.890,6	-2.434,2	-369,3

Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

Betriebsergebnisse der Jahre 2009 bis 2011

Bezeichnung	2009	2010	2011	2011
	in Euro			LRH-neu
Kindergärten inkl. Krabbelstube	-1.987.918,1	-2.056.780,4	-2.359.404,3	-2.359.404,3
Schülerhort	-648.012,0	-635.129,4	-652.862,3	-652.862,3
Sportplätze inkl. Skateanlage	-22.007,9	-10.503,6	-20.730,8	-20.730,8
Turn- und Sporthalle Hart	-248.873,7	-237.870,4	-142.857,9	-142.857,9
Mehrzweckhalle Leonding	-69.161,8	-62.401,3	-59.254,1	-59.254,1
Bahngolf	-1.297,9	-6.350,4	-5.061,8	-5.061,8
Büchereien	-116.736,5	-116.827,7	-110.147,3	-110.147,3
44er Haus	-53.340,6	-52.959,2	-52.175,2	-52.175,2
Musikschule	-97.867,5	-104.811,6	-84.663,9	-84.663,9
Turmmuseum - Turm IX	-222.784,3	-189.695,8	-161.281,2	-161.281,2
Tagesheimstätten	-210.235,4	-229.566,4	-217.860,5	-217.860,5
Jugendzentrum	-91.149,7	-81.765,2	-77.195,7	-77.195,7
Eltern-Kind-Zentrum	-90.026,0	-87.073,2	-90.726,1	-90.726,1
Friedhöfe	-48.797,1	-32.091,4	-76.251,2	-76.251,2
Freibad /Freizeitzentrum	-306.175,6	-171.561,5	-161.328,9	-193.015,4
Panorama Wellness Center	-380.209,3	-202.082,9	-201.207,4	-173.223,6
Kürnberghalle	-165.389,1	-117.275,4	-129.486,3	-76.421,8
Ortszentrum Doppl Hart	-62.966,2	-50.151,5	-92.108,2	-119.502,5
Wohn- und Geschäftsgebäude gesamt inkl. Leasingrate anteilig	-334.344,7	-286.107,4	-346.723,3	-346.723,3
Abgänge	-5.157.293,5	-4.731.004,5	-5.041.326,3	-5.019.358,8
Abfallbeseitigung	336.304,8	369.810,0	539.310,4	539.310,4
Wasserversorgung	469.767,6	457.385,4	501.743,2	501.743,2
Abwasserbeseitigung	915.359,7	957.058,2	836.887,2	836.887,2
Überschüsse	1.721.432,1	1.784.253,6	1.877.940,8	1.877.940,8
Betriebsergebnisse - Gesamt	-3.435.861,4	-2.946.750,9	-3.163.385,5	-3.141.418,0

* Bei den grau hinterlegten Einrichtungen wurden die Personalkosten im Jahr 2011 laut tatsächlichem Beschäftigungsausmaß angepasst.

* Bei den Wohn- und Geschäftsgebäuden wurde die anteilige Leasingrate für das Rathaus berücksichtigt. Daher ergibt sich ein Fehlbetrag. Die jährliche Leasingrate beträgt rd. 500.000 Euro.

Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadtgemeinde Leonding - 2011 (Geldbeträge in Euro)*

	Einrichtung	Einnahmen	Ausgaben	Betriebsergebnis	Plätze 1.HJ	Plätze 2.HJ
Kindergärten	Kirchbühlgasse	192.352	499.711	-307.359	92	92
	Spillheide	232.894	493.143	-260.249	92	115
	Hart	230.675	489.051	-258.376	92	92
	Berg	119.633	300.214	-180.581	46	46
	Rufing	99.395	237.277	-137.881	46	46
	Sandgasse	10.912	204.723	-193.810	43	43
	Larnhauserweg	12.539	230.258	-217.719	46	46
	Richterstraße	119.732	279.271	-159.539	46	69
	Haag	260.266	402.127	-141.861	69	69
	Remisenstraße	304.378	387.494	-83.116	69	69
	Nicht zugeordnet	0	4.542	-4.542		
	Gesamt		1.582.777	3.527.809	-1.945.033	
Krabbelstuben	Hart	94.323	198.352	-104.029	15	15
	Richterstraße	28.102	81.920	-53.818	10	0
	Spillheide	0	845	-845	0	0
	Schulzentrum Hart	8.422	78.385	-69.963	0	20
	Nicht zugeordnet	0	16	-16		
Gesamt		130.847	359.518	-228.671		
Horte	Doppl	146.780	247.166	-100.385	69	69
	Hart	331.905	563.910	-232.006	132	132
	Spillheide	333.095	507.179	-174.083	133	138
	Haag	154.705	300.289	-145.584	69	69
	Nicht zugeordnet	0	744	-744		
Gesamt		966.485	1.619.288	-652.802		

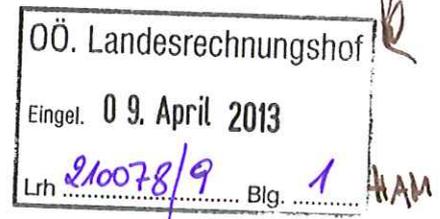
* Datenauswertung der Stadtgemeinde Leonding Jänner 2013

Die Differenz der Betriebsergebnisse der Kinderbetreuungseinrichtungen im Vergleich zu Anlage 4 (öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen) ergibt sich daraus, dass in Anlage 5 keine Kinderbetreuungseinrichtungen von privaten Betreibern berücksichtigt sind.

Hammer, Thomas

Von: Pammer, Friedrich
Gesendet: Montag, 08. April 2013 17:52
An: Hammer, Thomas; Mühlbachler, Martin
Betreff: FW: Stellungnahmen zum Bericht des LRH vom 1. März 2013
Anlagen: Stellungnahme zum Bericht des LRH.doc

Zu Info und Bearbeitung
LG Fritz Pammer



Von: Maurer Inge <Inge.Maurer@leonding.at>
Datum: Montag, 08. April 2013 11:28
An: Friedrich Pammer <friedrich.pammer@lrh-ooe.at>
Cc: "Brunner Walter, Mag." <bgm@leonding.at>, Bindeus Heinz <Heinz.Bindeus@leonding.at>
Betreff: Stellungnahmen zum Bericht des LRH vom 1. März 2013

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Pammer!

Ich darf Ihnen im Namen von Herrn Bürgermeister Mag. Walter Brunner die Stellungnahme zum Gutachten des LRH vom 1. März 2013 zu Ihrer weiteren Verwendung übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
Inge Maurer
Stadtamtsdirektion
STADTGEMEINDE LEONDING
4060 Leonding, Stadtplatz 1
Tel: +43 732 6878-255
Fax: +43 732 6878-277
E-Mail: mailto:rathaus@leonding.at
Homepage: <http://www.leonding.at>

Stellungnahme zum Bericht des LRH:

zu 2.2

Der Dienstpostenplan wurde bereits entsprechend angepasst.

zu 4.2

Die Aufbauorganisation wird in den angesprochenen Punkten überprüft. Eine Stabstelle Innenrevision wurde im Dienstpostenplan mit Beschluss des Gemeinderates am 4. April 2013 bereits geschaffen.

zu 7.2

Ein externes Beratungsunternehmen soll zur Optimierung der Abläufe und Einführung adäquater Software beauftragt werden. Noch vor dem Sommer wird ein Seminar mit dem Schwerpunkt Projektmanagement für Abteilungs – und Teamleiter angeboten.

zu 13.2

Die Darlehen werden zukünftig erst nach deren Aufnahme buchmäßig erfasst.

zu 20.1

Die tabellarische Aufstellung des LRH zur Verschuldung, lässt eine Vergleichbarkeit mit dem Schuldenstand anderer öffentlicher Haushalte nicht zu. Insbesondere werden die Bedeckung der Darlehen und sonstigen Verbindlichkeiten, als auch das Vermögen der Stadt nicht in die Betrachtung mit einbezogen.

zu 20.2

Festzuhalten ist, dass es Leonding, trotz Finanzkrise, bisher durch gezielte Gegensteuermaßnahmen gelungen ist, stets den Ausgleich des ordentlichen Haushalts zu erreichen. Diesem Ziel wird auch weiterhin höchste Priorität gewidmet.

Die Schuldennachweise werden im Rechnungsabschluss 2012 ausreichend dargestellt.

zu 35.02

An der Einführung eines flexiblen Arbeitszeitmodells wird gearbeitet.

zu 40.2

Die korrekte Zuordnung der Mitarbeiter der Stadt auf die einzelnen Kostenstellen wurde für 2012 bereits richtig gestellt.

zu 43.2

Die Kosten des Lehrschwimmbeckens wurden ermittelt. Das Ergebnis wird den Gremien zur weiteren Entscheidungsfindung vorgelegt.

zu 47.2

Die Aufteilung der Finanzierungskosten wird mit dem Rechnungsabschluss 2012 richtig gestellt.

zu 49.2

Die erforderlichen Korrekturen werden mit der Bilanz für 2012 vorgenommen.

zu 51.2

Die gewählte Vorgangsweise wird aus Sicht der Stadt als sinnvoll erachtet. Die Standortentscheidung ist insbesondere auch von der Siedlungsentwicklung abhängig. Die Interessen der Stadt wurden gewahrt. Die Anregungen werden im Übrigen zur Kenntnis genommen. Die abgeschlossene Bürgerschaft wird (ist bereits veranlasst) aufgelöst.

SCHLUSSBESPRECHUNG - AKTENVERMERK

Aktenvermerk, LRH-210078/7-2013-HAM zur Gutachten Stadtgemeinde Leonding
 Schlussbesprechung:

Ort und Datum: LRH, am 01. März 2013

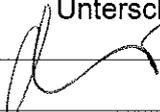
Teilnehmende Organisationen: ▪ Stadtgemeinde Leonding

Den Vertreterinnen und Vertretern der geprüften Organisation ist das vorläufige Ergebnis der o. a. Prüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden. Die von den Vertreterinnen und Vertretern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle der Berichtsgliederung und mit Kursivdruck).

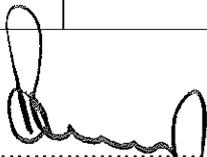
Gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG besteht darüber hinaus die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

1) Die Vertreterinnen und Vertreter **verzichten** auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme.

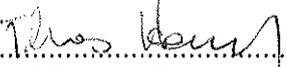
2) Die Vertreterinnen und Vertreter **behalten sich** die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG **vor**.

Organisation	Name in BLOCKBUCHSTABEN	Unterschrift	1) Verzicht	2) Vorbehalt
ggg	Walter BRUNNER			X

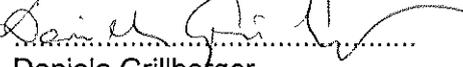
LRH:



 Ing. Dr. Friedrich Pammer



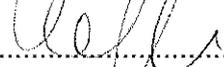
 Mag. Thomas Hammer



 Daniela Grillberger



 Martin Mühlbacher, MBA



 Dr. Werner Heftberger, LL.M.



 Mag. Bernhard Mairleitner